

2

Schriften der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Bamberger Feuilleton 2009

Beiträge von Bamberger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der deutschsprachigen Presse

Herausgegeben von Codehard Ruppert



UNIVERSITY OF
BAMBERG
PRESS

Schriften der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Band 2

Schriften der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Band 2

Schriften der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

hrsg. von der
Universitätsleitung der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Band 2



University of Bamberg Press
2009

Bamberger Feuilleton 2009

Beiträge von Bamberger
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern
in der deutschsprachigen Presse

hrsg. von
Godehard Ruppert



University of Bamberg Press
2009

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Informationen sind im Internet über <http://dnb.ddb.de/> abrufbar

Dieses Werk ist als freie Onlineversion über den Hochschulschriften-Server (OPUS; <http://www.opus-bayern.de/uni-bamberg/>) der Universitätsbibliothek Bamberg erreichbar. Kopien und Ausdrücke dürfen nur zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch angefertigt werden.

Redaktion: Monica Fröhlich, Rainer Schönauer
Herstellung und Druck: Digital Print Group Erlangen
Umschlaggestaltung: Teresa Zak

© University of Bamberg Press Bamberg 2009
<http://www.uni-bamberg.de/ubp/>

ISSN: 1866-8909
ISBN: 978-3-923507-55-9 (Druckausgabe)
URN: urn:nbn:de:bvb:473-opus-2174

Inhalt

Vorwort	7
<i>Gerhard Schulze</i> Freiheit und Sicherheit Der Wunsch nach Freiheit fördert das Neue, das Streben nach Sicherheit hemmt eine Entscheidung. Ein Gleichgewicht zwischen den beiden Polen zu finden ist die gesellschaftliche Aufgabe	9
<i>Heike Delitz</i> Architektur + Soziologie = Architektursoziologie Architektur ist die unentrinnbare, dauerhafte, sicht- und greifbare Gestalt der Gesellschaft	17
<i>Heinrich Bedford-Strohm</i> Maßhalten! Kluge Führungskräfte wissen: Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft ist ein Wettbewerbsfaktor – gerade in der Krise	29
<i>Christian Illies</i> Darwin lupft die Decke Menschliche Sexualität aus Sicht der Evolutionsbiologie	33
<i>Reza Hajatpour</i> Der kurze Frühling der Freiheit Iran seit 1979 – eine Geschichte betrogener Hoffnungen	39
<i>Stephan Popp</i> Ein Geist, der Ost und West umfasst Muhammad Iqbal – ein Dichter und Denker als Pakistans geistiger Vater	45

Reimut Zohlnhöfer

Große Koalition

Durchregiert oder im institutionellen Dickicht verheddert?

49

Martin Beyer

Der Mond ist immer schön

Eine Kurzgeschichte

63

GODEHARD RUPPERT

Vorwort

Der vorliegende Band präsentiert ein paar ganz besondere Texte. Unser Bamberger Feuilleton stellt eine Lese in doppelter Hinsicht dar: Früchte der wissenschaftlichen Arbeit von Bamberger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – aufgelesen in der deutschsprachigen Presse während des vergangenen Jahres. Es handelt sich um Beiträge aus dem Übergang von Wissenschaft zu Journalismus, zum Teil essayistisch, zum Teil feuilletonistisch, Miscellen, Analysen, Berichte – alle zu aktuellen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Brennpunkthemen.

Die Themen sind so vielfältig wie unsere Disziplinen: Der Soziologe Gerhard Schulze fragt nach dem Gleichgewicht zwischen der Sicherheit der Rituale und Gewohnheiten einerseits und dem Drang nach Neuem in einer Zeit, die den Wandel selbst in manchmal gefährlicher Weise verherrlicht. Seine junge Fachkollegin Heike Delitz beschäftigt sich mit einem ganz neuen Arbeitsgebiet der Soziologie: mit der Bedeutung der Architektur für die Gesellschaft. Es geht ihr darum zu sondieren, was die Architektur hinsichtlich des Sozialen vermag: welche Motivationen, Einteilungen, Hierarchien, Gesellschaften mit ihr geschaffen werden.

Unser Evangelischer Theologe Heinrich Bedford-Strohm ist dabei mit einem Beitrag über die Notwendigkeit des sozialen Zusammenhaltens der Gesellschaft in der Krise. Sein Beitrag widmet sich der besonderen Verantwortung von Unternehmen, die nur dann zukunftsfähig seien, wenn sie die gerechte Teilhabe aller im Blick behalten. Und der Bamberger Philosoph Christian Illies lupft die Decke. Darunter findet er: jede Menge alte Klischees über das Miteinander der Geschlechter und zugleich einige Belege für unsere biologische Determiniertheit. Als Philosoph findet er aber glücklicherweise auch noch mehr: die Möglichkeit, uns durch Selbstbeherrschung und Selbstreflexion darüber hinwegzusetzen.

Reza Hajatpour schlägt in seinem Beitrag über den Iran „Der kurze Frühling der Freiheit“ einen Bogen von der islamischen Revolution bis in die Gegenwart. Und sein Kollege Stephan Popp zeichnet ein Porträt von Muhammad Iqbal als einen „Geist, der Ost und West umfasst“. Und

natürlich fehlt im Wahljahr auch die große Politik nicht: Reimut Zohlnhöfer analysiert Schritt für Schritt die Reformbemühungen der Großen Koalition.

Wir freuen uns, abschließend auch einen preisgekrönten literarischen Text veröffentlichen zu dürfen: Die Kurzgeschichte von Martin Beyer „Der Mond ist immer schön“ ist dieses Jahr mit dem Walter-Kempowski-Literaturpreis ausgezeichnet worden.

GERHARD SCHULZE

Freiheit und Sicherheit

Der Wunsch nach Freiheit fördert das Neue, das Streben nach Sicherheit hemmt seine Entstehung. Ein Gleichgewicht zwischen den beiden Polen zu finden ist die gesellschaftliche Aufgabe

Wir alle suchen das Neue. Wagemut, Neugier und Freiheitsliebe machen sozusagen unseren Markenkern aus. Schon vor Urzeiten, als wir noch Nomaden waren, sicherte stete Bewegung das tägliche Brot. Erst mit der Sesshaftigkeit kam das tägliche Einerlei. Häuser wurden gebaut, Äcker und Weiden eingeehgt. Das Herstellen von Sicherheit und Ordnung gewann an Bedeutung, das Umherziehen wurde zum Auslaufmodell der Geschichte. Die erste Berufsgruppe außerhalb des bäuerlichen Spektrums dürften Wachleute gewesen sein, deren Aufgabe es war, die Ernte vor dem Zugriff Fremder zu schützen.

Zwischen beiden Polen – dem Streben nach Freiheit und dem Streben nach Sicherheit, der Tretmühle des Alltags und der Lust auf Tapetenwechsel – ist der Mensch seit ewigen Zeiten hin- und hergerissen. Fast scheint es, als brauche

er das volle Spektrum zwischen Ohrensessel und Surfbrett, um zufrieden zu sein und alle Widersprüche ausleben zu können, doch ganz so einfach ist es nicht.

Aber wo ist das Problem? Auf der einen Seite haben wir unsere geliebten Rituale und Gewohnheiten, ohne die wir uns das Leben nicht vorstellen können: der erste Schluck Kaffee am Morgen, der Sonntagsspaziergang mit der Familie, abends bei einem guten Schluck Wein auf der Veranda sitzen, in den ersten Satz eines frisch aufgeschlagenen Buchs eintauchen. All dies hat etwas Sympathisches und gehört zum Menschsein dazu.

Auf der anderen Seite – und warum auch nicht – sind wir manchmal bereit, alles hinter uns zu lassen und eine Reise ins Unbekannte anzutreten. Dass alles anders wird, hofft der Mann, der eines Tages vom Zigaretten holen

nicht mehr zurückkommt, und weiß der Aussiedler, der sich in der Fremde eine neue Existenz aufbauen will. Auch eine Langstreckenwanderung durch die Alpen oder das Pilgern nach Santiago di Compostella sind ein Aufbruch ins Unbekannte. Um sich ganz auf das Erlebnis der Wanderschaft einzulassen, entfernt man sich immer weiter von zu Hause und verzichtet auf den gewohnten Komfort einer Pauschalreise. Trotz der Liebe zur Gewohnheit lebt also das Nomadische in uns weiter, und wenn es dabei nur um den Tausch von Annehmlichkeiten gegen das Erlebnis einer Alpendurchquerung geht, kann man gut mit zwei Seelen in der Brust leben.

Als es noch weiße Flecken auf der Landkarte gab, suchten wir die Quelle des Nils, den Südpol oder die Nordwestpassage. Diese Erlebnisressourcen sind nun aufgebraucht, es gibt keine weißen Flecken mehr auf der Landkarte, was aber nicht heißen soll, dass es nichts mehr zu entdecken gibt.

Der Entdeckergeist vergangener Jahrhunderte mündete in die brutale Kolonialgeschichte Europas, und wir haben allen Anlass, diesen Aspekt unseres Markenkerns anders zu betrachten als eine Pilgerfahrt. Das bornierte und hochmütige Verhalten der Entdecker

zeigt die gerade noch schwärmerisch bedachte „nomadischen Seele“ von ihrer schwärzesten Seite. Leicht verwandelt die Fixierung auf das Altgewohnte den Aufbruch ins Unbekannte in ein heimliches Verharren am Ausgangspunkt. Statt geistiger Offenheit verfestigt sich eine fatale Mischung aus Abwehr des Neuen bei gleichzeitiger Suche danach.

Nehmen wir die spektakulär gescheiterte Suche nach der Nordwestpassage in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Expedition der britischen Krone unter dem Kommando Sir John Franklins hatte das Ziel, einen nordwestlichen Weg nach Asien zu finden. Er sollte für Handelsschiffe nutzbar sein und die Entfernung zu den Märkten Chinas und Indiens verkürzen. Man holte die allerneueste Technik an Bord der beiden Schiffe „Erebus“ und „Terror“, um das Packeis zu brechen und mit Vollampf durch die Arktis zu fahren. Neuartige Lebensmittelkonserven, ein nie gesehener, extra starker Metallpanzer um den Schiffsbauch, eine Dampfmaschine und eine Zentralheizung sollten das Gelingen der Reise sichern. Die Expedition strotzte nur so vor technischer Innovation, dennoch kam keiner der 129 Teilnehmer zurück.

Was genau geschah, ist bis ins

21. Jahrhundert ein Thema und eine Frage geblieben. Wegen des Fehlens der Logbücher oder anderer Aufzeichnungen war man dabei immer schon auf Spekulationen angewiesen. Heute ist man sich weitgehend darüber einig, dass die Expedition scheitern musste: an der wider besseren Wissen mitgeführten, für den arktischen Winter vollkommen unzulänglichen Kleidung und Ausrüstung, an der Verachtung einheimischer Überlebentechniken, am Festhalten an Gewohnheiten, am Beharren auf der einmal eingeschlagenen Reiseroute, deren Korrektur die Rettung bedeutet hätte. Kühner Forscherdrang auf der einen, Borniertheit auf der anderen Seite – eine tödliche Mischung. Die Offiziere ihrer Majestät im zotteligen Fell erlegter Eisbären? Unmöglich. Beim Landgang im Iglu wohnen? Lächerlich. Tranigen Robbenspeck essen? Ekelhaft.

Das Neue ist gewollt, aber es hat seinen Preis und man muss sein Bewusstsein immer wieder gegen den Strich bürsten, um sich an die Veränderungen anzupassen. Nach der Erfindung der Eisenbahn konnten es die Menschen kaum erwarten, die durch das Land brausenden Züge zu besteigen. Eisenbahngegner hielten die

neue Art der Fortbewegung für gesundheitsschädlich und hätten am liebsten alles beim Alten gelassen, doch sie waren hoffnungslos in der Minderzahl. Dabei kam es durchaus zu Nebenwirkungen: die Verschandelung der Landschaft durch Gleisanlagen, Brücken- und Tunnelbau, das Aussterben ehrwürdiger Handwerksberufe, der Anfang von Ende der Gemächlichkeit. Schon damals bildete sich ein Muster heraus, das bis heute unser Verhältnis zur Moderne bestimmt: Einerseits profitieren wir von ihren Errungenschaften und von dem mit ihr verbundenen Wandel, andererseits misstrauen wir ihren Verheißungen.

Die Suche nach Neuland mischt sich mit dem Bedürfnis, die eigene Weltsicht auf keinen Fall erschüttern zu lassen. Das Dilemma zwischen Beharren und Umdenken verfestigt sich, wenn wir das Neue als besonders folgenreichen Normalitätsbruch erleben. Die Moderne steht für fortwährende Rationalisierung, Produktivitätssteigerung, Reformen, Innovationen und Paradigmenwechsel. Immer sind dabei enorme Anpassungsleistungen nötig. Das macht vor allem dann Probleme, wenn auf die eine Anpassung gleich die nächste folgt und dennoch viele Opfer zu beklagen sind. Nehmen

wir das Verschwinden des Bleisatzes aus der Welt der Medien: Zuerst hoffte man, die nun freigestellten Mitarbeiter in den vielen neu gegründeten Studios für Fotosatz unterzubringen. Viele ließen sich umschulen, doch es half nichts: die gesamte Druckvorstufe bestehend aus Texterfassung, Seitenmontage, Korrekturrat und Herstellung wurde nach und nach abgewickelt, eine ganze Branche verschwand auf Nimmerwidersehen.

Man feiert die Durchbrüche und plagt sich mit den Nebenwirkungen. Man kontert mit neuen Durchbrüchen, ungeahnte Folgeprobleme sind das Ergebnis – eine Kettenreaktion ohne Ende. Wie soll man sich damit arrangieren? Vielen hängt der ständige Wandel zum Hals heraus, manche leben in heilloser Angst vor der Furie des Verschwindens. Also Schluss mit der Moderne! Aber auch das wäre ein Normalitätsbruch mit verheerenden Nebenfolgen: Wo bleiben die dringend benötigten Fortschritte, um das Welternährungsproblem zu lösen, den Krebs zu besiegen, eine Antwort auf die Energiefrage zu finden, die Menschenrechte durchzusetzen oder auch nur das Internet sicherer zu machen? Ergo: Weitermachen mit der Moderne! Aber dann haben wir

ja wieder den ständigen Wandel ... Aus diesem Paradox kommen wir nicht heraus.

Dann gibt es noch ein zweites Paradox: Je weiter die Moderne kommt, je sicherer das Leben wird und je mehr Möglichkeiten sie den Menschen bietet, desto bedrohter fühlen sie sich. Wer viel hat, kann viel verlieren. Jedes Jahr erhöht sich die Lebenserwartung in den entwickelten Ländern um etwa drei Monate, in vielen Schwellenländern sogar um noch mehr, doch die Kultur der Moderne betrachtet sich überwiegend unter dem Aspekt des drohenden Verhängnisses. Wo keine unerwünschten Nebenwirkungen sind, da könnten welche kommen.

Aus der Perspektive der Ängstlichkeit hat uns der Umbruch von der bäuerlichen Gesellschaft zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft eine bis heute nicht verheilte Wunde geschlagen. Wir sind Opfer des Systems! Wir leben – fern von Natur, Tradition und Heimat – in einer heillosen Welt aus Sachzwängen, seelenloser Architektur, entfremdeter Arbeit, Raubbau an Mutter Erde. Eine Welt, in deren Räderwerk das Menschliche unterzugehen droht: Das ist die weit verbreitete Negativbilanz und die Behauptung, das vormoderne Leben sei besser und

kuscheliger gewesen, ist durchaus salonfähig. Trotz Abschaffung der Sklaverei, Überwindung der feudalen Abhängigkeiten, des Aberglaubens und der Heiligen Inquisition, trotz Siegeszug der Medizin, trotz Grundgesetz, Gleichberechtigung und Demokratie, trotz Auto, Flugzeug und Fernsehen schwebt uns eine Welt aus Fachwerkhäusern in unberührter Landschaft vor, mit friedlich rauchenden Schornsteinen, gemächlich ihrer Arbeit nachgehenden Handwerkern und einer Landwirtschaft, in der weder Kunstdünger noch Gentechnik angewandt werden.

Die Lust auf das Neue ist aber zum Glück genauso fest in unseren Köpfen verankert. Wir sehen das Abschneiden alter Zöpfe, Konventionsbrüche, spektakuläre Innovationen und schöpferische Zerstörung trotz alledem als etwas Positives an. Wir sind spielerische, experimentierfreudige Wesen geblieben und können dem Wandel nach wie vor etwas abgewinnen. Dies bildet sich auch in unserem Alltagsleben ab: Wir tauschen ein altes Auto gegen ein neues, wir ziehen in eine andere Stadt, wir renovieren die Wohnung und realisieren dabei verrückte Einfälle, wir trennen uns von altem Kram und richten uns neu ein. Wir hängen an unseren Gewohnhei-

ten, aber genauso innig sehnen wir eine Abwechslung herbei. Ein langer, grauer, kalter Normalwinter weckt schier unstillbares Fernweh nach Exotik, bunten Farben, tropischer Wärme. Der Tapetenwechsel, die Luftveränderung, die Reiztherapie: Gesundbleiben durch Wandel ist uns eine ebenso vertraute Denkweise wie das Hängen am Althergebrachten, immer schon so Gemachten.

Nicht der Wandel ist also das Problem, sondern die Unklarheit über uns selbst, der getrübe Blick auf den Pfad der Moderne, die Schizophrenie zwischen modernem Handeln und moderner Selbstreflexion. Nach Jahrhunderten geht es darum, sich die Moderne in ihrem gegenwärtigen, weit fortgeschrittenen Stadium neu anzueignen. Aber wo ist unser blinder Fleck? Was hält uns davon ab, falsches Denken zu revidieren? Gerade unsere – wenn auch schizophrene – Professionalität im Umgang mit dem Wandel müsste es uns doch erlauben, die Philosophie von Versuch und Irrtum viel offener zu pflegen, also Fehler einzugestehen und Kurskorrekturen vorzunehmen.

Die Abwehr des Neuen und die Suche danach existieren nebeneinander und sind unser Rüstzeug im Umgang mit dem Wandel und der

Dynamik der Moderne. Wandel, das ist zum einen die Vernichtung stabiler Ordnungen, deren Niedergang im Lauf der Zeit immer wieder verkraftet werden musste. Seine Begleiterscheinungen nehmen wir zwar murrend, aber letztlich doch akzeptierend hin. Neben diesem normalen Wandel gibt es jedoch auch das plötzliche Aussetzen des normalen Wandels.

Normaler Wandel und das Aussetzen des normalen Wandels: die Schlussfolgerungen aus den daraus resultierenden Normalitätsbrüchen könnten unterschiedlicher nicht sein. Während der normale Wandel bei aller Skepsis gewollt ist, weil er Wachstum und Wirtschaft beflügelt und die hierdurch erzwungenen Anpassungsleistungen in der Hauptsache konstruktiv sind, ist das Aussetzen des normalen Wandels nicht oder zumindest noch nicht gewollt, denn er führt zu Stillstand und Rückbau, zum Kollaps der Systeme. Die Suche nach dem Neuen bei gleichzeitiger Aberwehr des Neuen: Nie waren ausgerechnet die Europäer von den Sollbruchstellen dieses Dilemmas derartig herausgefordert.

Wider besseres Wissen brach Sir John Franklin mit einer leichten Wolluniform bekleidet in den arktischen Winter auf. Das war

im Jahr 1845. Auch heute wäre es verpönt, das Fell des Eisbären zum Schutz gegen die Kälte zu verwenden, wenn auch aus anderen Gründen. Franklin suchte die Nordwestpassage, damals ein weißer Fleck auf der Landkarte. Diesen Fleck gibt es nicht mehr, doch die Suche nach dem Neuen geht weiter.

Im 21. Jahrhundert, nach dem Ende des Erdölzeitalters und dem demographischen Wandel, ist das prekäre Gleichgewicht zwischen der Suche nach dem Neuen und der Abwehr des Neuen bedroht wie eh und je. Von Denkverboten belegt, wirken unsere Suchbewegungen ähnlich skurril wie bei der Suche nach der Nordwestpassage. Wir konzentrieren uns auf die Abwehr einer hypothetischen Katastrophe, statt alle Kräfte auf realistische Lösungen des Energieproblems zu lenken – nur wer vorher den Fleecepullover und die Daunenjacke erfunden hat, kann auf das Bärenfell verzichten. Wir sprechen von demographischer Krise und Vergreisung, statt den wachsenden Anteil aktiver älterer Menschen als Chance zu erkennen. Handelt es sich bei den vielen Menschen über fünfzig um eine unerwünschte Nebenfolge – oder nicht vielmehr um das Neue selbst?

Zuerst erschienen in: StadtAnsichten 31, S. 20-23.

Prof. Dr. Gerhard Schulze war bis 2009 Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie. Mit seinem Buch „Erlebnisgesellschaft“ prägte er den seither in der Kultursoziologie eingebürgerten Begriff.



HEIKE DELITZ

Architektur + Soziologie = Architektursoziologie

*Architektur ist die unentrinnbare, dauerhafte, sicht-
und greifbare Gestalt der Gesellschaft*

Es ist und bleibt ein Paradox: Die Architektur ist die unentrinnbare, stets vor Augen stehende, nicht wegzustößende, dauerhafte und überdimensionale Gestalt der Gesellschaft. Zudem ist insbesondere die moderne Architektur für ihren Anspruch, ein „neues Leben“ herbeizuführen und die ganze Gesellschaft zu verändern, ebenso bekannt wie umstritten. Trotz der faktischen Brisanz und Allgegenwart der Architektur in einer artifiziellen, städtischen Gesellschaft hat sich die Soziologie der Architektur bisher nicht systematisch zugewandt. Die Stadtsoziologie fragt jenseits des gebauten Raumes nach den Interaktionen in der Stadt; die Raumsoziologie stellt sich den Raum als lediglich in der Interaktion geschaffen vor; die Kultursoziologie hat Kunst und Religion im Blick: für sie ist die Architektur zu „technisch“; für die Tech-

niksoziologie wiederum ist sie zu „ästhetisch“. Kurz, die Architektur fiel bisher durch die Ritzen der soziologischen Beobachtung. Vor allem hat die allgemeine Soziologie, das heißt die soziologische Theorie, die Architektur nicht ernst genommen: weder in der Frage nach der Vergesellschaftung überhaupt noch in der nach der Eigenart der Moderne. Und implizit hat die Soziologie den Anspruch der Architektur in dieser Moderne wohl entweder als Hybris verstanden – als zum Scheitern verurteilte Utopie – oder sie hat die architektonische Bevormundung der Nutzer kritisiert. Vor allem diese Kritik war bisher der Punkt, an dem sich die Soziologie explizit für die Architektur interessierte.

Was die Architektur des frühen 20. Jahrhunderts zeitgleich mit der Etablierung der Wissenschaft Soziologie wollte, war in der Tat nichts weniger als die „Ordnung“

des Sozialen. Le Corbusier hat es 1923 formuliert: Worum es der modernen Architektur geht, ist die Entscheidung zwischen „Baukunst“ und „Revolution“. Der historische Kontext ist bekannt: Das frühe 20. Jahrhundert ist in Frankreich und Deutschland verbunden mit der Erfahrung einer neuen Gesellschaftsstruktur (dem Aufkommen der Angestellten); einer neuen Wirtschafts- und Produktionsweise (Taylorismus, Fordismus); dem Wachstum der Städte; und zugleich der Erfindung neuer Baufunktionen, Bauweisen, Baumaterialien (Stahl, Stahlbeton, Glas). Die Architektur zeigt sich dabei zutiefst abgestoßen vom Bisherigen: nicht nur vom ästhetischen, sondern vor allem auch vom sozialen „Chaos“. In dieser Situation nannte Adolf Loos das Ornament das „Verbrechen“: nicht nur, weil es den Stillstand der Architektur bedeutete, sondern tiefergehend noch, weil es die Gesellschaft in vergangenen Lebenswelten – im Barock, im Mittelalter, in der Antike – „gefangen hielt“. In ihrer neuen Architektur hat sich die Gesellschaft durch ihre Architekten gewissermaßen selbst ein neues Gesicht „gewählt“: artifizielle, serielle Formen, die sich von den regionalen Bautraditionen und der Erde gleichermaßen

ablösen, in neuen Materialien und Farben. Zugleich hat sie sich neue Lebensräume geschaffen: entleerte Räume mit transportablen Möbeln aus Glas; Dachterrassen zum Sporttreiben; minimalisierte Küchen mit Anweisungen zur Rationalisierung der Hausarbeit. Es ging dabei nicht nur um ein schnörkelloses Funktionieren, nicht nur um die „Maschine zum Wohnen“ (Le Corbusier); sondern es ging auch um ein Management der Affekte und Gefühle, um die Lösung von Vergangenen zugunsten einer vorwärtsblickenden Haltung.

Soziologie ohne Architektur

Spätestens diese Architektur hätte die Soziologie auf die Frage bringen müssen, was Architektur hinsichtlich des Sozialen vermag. „Reform“ statt „Revolution“: Das war das Motto auch der Soziologie. Auch sie zielt(e) neben der Diagnose der modernen Gesellschaft stets auf deren Bändigung: auf Integration, Ordnung, die Schaffung neuer sozialer Bindungen. Dass es keine systematische Architektursoziologie gab, wird vielleicht daran gelegen haben, dass sich die Soziologie (wie der Freiburger Soziologe Wolfgang Eßbach es ausdrückt) von Kunst und Technik in die „Klemme“ genommen

sah: und damit wesentlich auch von der modernen Architektur. Diese war mit ihrem sozialen Anspruch die vielleicht übermächtige Konkurrenz der Soziologie. Für Eßbach ist dies der Grund einer weitreichenden Weichenstellung der Soziologie, in der alle „Dinge“ aus dem Bereich des Sozialen und dem Blick der Soziologie verbannt sind. Die Soziologie gibt sich ihre Grundbegriffe in einer „antiästhetischen und antitechnischen Haltung“.¹ Sie reinigt das eigentliche Soziale von den Dingen (und damit auch von der Architektur), indem sie es als pure Interaktion, Wechselwirkung, Kommunikation fasst.² Alles andere ist allenfalls Instrument oder Ausdruck dieses „eigentlichen“ Sozialen. Die soziologischen Klassiker interessieren sich für die Motive der Einzelnen, aus denen sich der Kapitalismus erklären lässt; für die Eigendynamik übergreifender Komplexe wie Religion und Wirtschaft. Und ihre Grundbeobachtung ist, dass die moderne Gesellschaft auseinanderzufallen droht, indem sie die traditionellen und religiösen Bindungen durch Verträge ersetzt. Das soziale Band, das *vinculum sociale*, ist brüchig geworden. Dass sich diese moderne Gesellschaft in den Großstädten entfaltet, haben wenige angesprochen. Vor allem

Georg Simmel hat diese neue Lebenswelt analysiert: eine Lebenswelt, die neue Umgangsformen notwendig macht, weil sich in ihr die Menschen und Dinge explosionsartig vermehren. Simmel schlug der Soziologie vor, von der sichtbaren Oberfläche der Gesellschaft ein „Senkblei“ zu ziehen, gleichsam am Körper der Gesellschaft ihre „Seele“ zu erkennen. Und dieser Körper ist faktisch sicher nicht zuletzt die Architektur.

Architektursoziologie

Der gesellschaftlichen Bedeutung der Architektur angemessen, entsteht derzeit eine explizite Architektursoziologie. Dieser geht es weniger um eine Belehrung der Architektur als um deren soziale Brisanz: um die Relation von Architektur und Gesellschaft.³ Es interessiert dabei vor allem das Gebaute selbst; daneben natürlich auch die sozialen Beziehungen im Bausektor und die Profession des Architekten. Und es bedarf einer begrifflichen Anstrengung: Die Architektursoziologie kann nicht einfach mit den alten Begriffen der Soziologie operieren, insofern in der Fassung des „eigentlichen“ Sozialen als Interaktion oder Kommunikation die Architektur stets nur als „Ausdruck“ oder „Spiegel“ der Gesellschaft begreifbar

ist. Diese Denkweise findet sich nicht nur in der Soziologie, sondern auch in Architekturtheorie, Kunstgeschichte, Politologie, Ethnologie, Archäologie. Soziologisch wäre die Architektur damit aber zu kurz gefasst, schon wegen ihrer Ausrichtung auf das Neue, aber auch ganz grundlegend: Die Architektur jeder Gesellschaft (auch der Nomaden) umgibt die Einzelnen ständig: ist unentrinnbar, sozialisiert immer schon und bleibt dabei zumeist unbewusst. Sie verleiht der Gesellschaft zugleich stets eine bestimmte, sicht- und greifbare Gestalt: gliedert sie, affiziert die Einzelnen, verschafft den Institutionen Ausstrahlungskraft. Und nicht zuletzt sind es die Architekten, die – um es mit Gilles Deleuze zu sagen – „neue Falten im sozialen Stoff“ bilden. Sie sind schließlich diejenigen, denen systematisch „beigebracht wird, Pläne zu machen“ (Frank L. Wright). Aktuell sieht man es am „Dekonstruktivismus“, der soziologisch nicht nur eine Spektakelarchitektur ist, sondern auch etwas verändert: die „Haut“ der Gesellschaft und vermutlich auch unsere Bewegungs- und Kommunikationsweisen. Die Frage ist daher, bis zu welchem Punkt die Architektur adäquat als „Ausdruck“ der Gesellschaft beschreibbar ist und mit

welchen Begriffen ihr aktiver Part zu fassen wäre.

Die Architektur ist überaus komplex: mehrfach sozial brisant. Auf einer makroskopischen Ebene stellt sich die Frage, welche gebaute Gestalt sich die Gesellschaft „wählt“: damit auch, wie die Einordnung und Hierarchisierung der Einzelnen geschieht. In jeder Gesellschaft, die sich in Klassen, Schichten, Geschlechter, Generationen teilt, bedarf dies einer anschaulichen Form. Dasselbe gilt für die funktionale Teilung in die Sphären des Rechts, der Ökonomie, der Politik, der Erziehung, der Religion usw. Und auf einer eher mikroskopischen Ebene wäre zu beobachten, welche Bewegungs-, Blick- und Handlungsweisen das Gebaute nahelegt. Es gibt viele verschiedene Bautypen, die in je verschiedenen Gesellschaften die Einzelnen mit je verschiedenen Objekten zu soziotechnischen Konglomeraten zusammenschalten.⁴ Im Gerichtssaal etwa gibt es stets Ebenendifferenzen und damit Blickhierarchien sowie klare räumliche Zuweisungen. Und auch, wer „morgens in seine Werkstatt oder an seinen Schreibtisch tritt, erlebt von da her aktualisiert und schon über die Entscheidungsschwelle gehoben die Kontinuität seines speziali-

sierten Verhaltens.“ Architektur und Innenarchitektur haben eine Auslöserwirkung „Hiervon ist die gesamte Kooperation jeder Gesellschaft abhängig“.⁵

Die Architektur affiziert in all dem, im Unterschied zu vielen anderen Artefakten: Sie erhebt oder stößt ab. Zumindest die Architektur der „Hochkulturen“ kultiviert ihre Affektivität, während etwa die Architektur der Eskimo – Erd- und Schneehäuser, Lederzelte – eher nichtssagend ist und sich andere Völker (wie die chinesischen Troglodyten, die Lösslandbewohner) gar eine negative Architektur schaffen, sich in die Erde eingraben. Auch diese Nicht-Affektivität hat Effekte: mit ihr wird die sichtbare Teilung der Gesellschaft (in „oben“ und „unten“) verhindert. Dass die Architektur sozial brisant ist, gilt also keineswegs nur für die Moderne. Es gilt für jede Gesellschaft, nicht zuletzt für die „anonyme“ Architektur nichtmoderner Gesellschaften. So bringt auch die Architektur der Nomaden (Zelte, Hütten, Jurten) eine je bestimmte Gestalt der Gesellschaft und je bestimmte Lebensräume hervor, die Bewegungen und Blicke und damit die Interaktionen beeinflussen.

Im Fall der Nomaden handelt es sich um eine bewegliche, kaum

auf Augenhöhe reichende, weiche „Gestalt“ der Gesellschaft aus Haar, Wolle und aus Häuten, die ganz für den Weg gemacht ist. In ihren fehlenden Trennungen und ihrer Mobilität lässt das Zelt kaum Privaträume zu, fördert ein symbiotisches Naturverhältnis, erschwert Bodeneigentum. Feste Gebäude schaffen (im Fall sesshafter Gesellschaften) wiederum erst die Dauer, an die sich die sozialen Einrichtungen anlehnen. So besteht die christliche Kirche wesentlich dadurch, dass sie neben den Schriften und Riten ihre heiligen Stätten pflegt und die Einzelnen in affektiven Gebäuden versammelt. Neben der Pflege vergangener Architekturen als Substrat des „kollektiven Gedächtnisses“⁶ gibt es andererseits auch das gezielte Vergessen – weshalb der Abriss des Berliner Palastes der Republik ein Politikum ist, eine Entscheidung über die Art und Weise der Verteilung der Macht, die Regierungsweise, das Selbstverständnis der Subjekte, das Verhältnis zur eigenen Vergangenheit.

Eine solche Architektursoziologie ist für die Soziologie selbst eine neue Information. Sie übt einen kognitiven Druck aus. Sie nötigt erstens die allgemeine Soziologie, die „Mechanismen“ des sozialen Lebens auf neue Weise zu buch-

stabilieren. Wenn das Soziale in der reinen Interaktion besteht oder in sozialen Strukturen, sind Artefakte und auch die Architektur (als artifizielle Umwelt) ausgeschlossen. Damit bleibt auch die Affektivität, das Beeindruckungspotential der Architektur unberücksichtigt, das sie den sozialen Einrichtungen leiht, ebenso wie ihr kreatives Potential. Zweitens erlaubt der Blick auf die Architektur eine andere Diagnose der gegenwärtigen Gesellschaft: Die Frage, in welcher Gesellschaft wir „eigentlich“ leben, wird dann nicht mehr ausschließlich mit der Medienvermitteltheit oder der Individualisierung beantwortet. Im aktuellen Begehren der Rekonstruktion historischer Gebäude ebenso wie in der aktuellen Avantgarde-Architektur zeigen sich Momente der Gesellschaft, die in den Diagnosen der „Medien-“, oder „Wissensgesellschaft“ nicht benannt sind. Zu beachten ist auch aktuell die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigkeiten: die Anwesenheit vergangener Generationen und Gesellschaften. Auch die Frage, mit welcher Subjektform, welcher Denkweise, welchen Begehren man es gegenwärtig zu tun hat, wird sich angesichts der Körperlichkeit des Menschen nicht jenseits der Architektur stellen lassen, die unseren Körper nahezu

ständig umgibt. Drittens wirft das Interesse an der Architektur neues Licht auf die klassische Soziologie. Diese hat keine systematische Architektursoziologie entfaltet; aber sie enthält wichtige Fallstudien: veritable Klassiker der Architektursoziologie, die Hinweise für eigene Forschungsprojekte geben, Antworten auf die Frage, wie und mit welchen Begriffen man den Effekten der Architektur auf die Schliche kommt. Dies ist der Forschung nicht äußerlich; sie bedarf stets der Theorie. Klassiker der Architektursoziologie: In all diesen Aspekten der Relation von Architektur und Gesellschaft ist eine historische Soziologie interessant, die die Frage stellt, wie wir zu dem geworden sind, was wir sind. Von den Klassikern der Architektursoziologie haben einige genau diese Frage gestellt. Die Antworten sind alle aktuell, insofern man sich gegenwärtigt, dass die Soziologie ein „multiparadigmatisches“ Fach ist, viele gleichberechtigte Theorien kennt, die je andere Facetten fokussieren, andere Erklärungen bieten.

Trotz der genannten Hemmnisse ist der Soziologie zunächst die zeitgleiche Architektur nicht ganz entgangen. Siegfried Kracauer (selbst Architekt) erkennt in der Weißenhofsiedlung das „anonyme

Sein des der kapitalistischen Wirtschaft verpflichteten Massenmenschen“, will der Architektur allerdings einen emanzipativen Effekt nicht absprechen; die Öffnung der Wände zeige „eine noch ungegebene Struktur der Gesellschaft“. ⁷ Ernst Bloch ist ebenfalls berührt von der Moderne, versteht sie aber als „verfrüht“: in den Schiffsmetaphern der Gebäude, der Leichtigkeit drücke sich die Flucht vor dem Faschismus aus. Und in ihrer Serialität erzeuge diese Architektur nur die „normierten Termiten“, die der Kapitalismus brauche. Durch die Bauhaus-Stadt Dessau gehend, erkennt Helmuth Plessner optimistischer eine Gesellschaft, die sich durchgreifend technisiert, nicht ohne sich ihre „unendlichen Möglichkeiten“ klar zu machen: Im internationalen Stil sind es nicht zuletzt die Möglichkeiten einer Weltgesellschaft. ⁸ Interessant sind darüber hinaus konzeptionelle Texte, aus denen sich etwas für Theorie und Methode der Architektursoziologie lernen lässt. Werner Sombart analysiert den Anteil des „Wohnluxus“ an der Entfaltung des modernen Kapitalismus, die mit Kostbarkeiten gefüllten Palais und Villen, mit denen der Luxuskonsum in die Gesamtgesellschaft dringt. Das Palais ist der „Sieg des Weib-

chens“, das im luxuriösen „Nest“ das „Männchen“ an sich fesselt: „Kurtisanenwerk!“ Für Sombart zeugte somit der Bau-Luxus, der ein „legitimes Kind der illegitimen Liebe war, den Kapitalismus“. ⁹ Umfassender ist die „Architektursoziologie“ Georg Simmels, nämlich sowohl diagnostisch als auch elementar angelegt. Jede dauernde Vergesellschaftung basiert auf einer baulichen „Fixierung“: Architekturen sind „Drehpunkte“ der sozialen Beziehungen, verstetigen etwa eine religiöse Gemeinschaft. Ebenso bedürfen soziale Über- und Unterordnungen nach Simmel grundlegend der Architektur. ¹⁰ Simmels zweite, diagnostische Perspektive kann man als Soziologie der gebauten „Haut“ der Gesellschaft fassen: An der Architekturform lässt sich die spezifische Art der Vergesellschaftung erkennen, etwa der Rationalismus der Moderne an den geraden Straßen und Häusern. Während Simmel die Großstadt Berlin um 1900 im Blick hat, richtet Norbert Elias den Blick zurück auf Versailles: um den Anfangspunkt der Zivilisierung der Sitten zu erkennen. In seiner Analyse des Schlosses interessiert er sich weniger für den Prunk als für die Funktion und Lage der Räume für 10 000 Menschen: Dieses „Haus

des Königs“ erscheint ihm als das „Spitzenphänomen“ einer absolut hierarchischen Gesellschaft, deren Verhaltenscodex sich zunächst (mittels der Palais) im Adel, dann (mittels der Villen) im Bürgertum verbreitet.¹¹ Den Blick noch weiter zurück richtet Ernst Bloch, der in den Stilen je spezifische Begehren erkennt: die „Überstarre“ der ägyptischen und „Überfülle“ der gotischen Architektur zeigen eine je spezifische Kosmologie, einen Lebenswillen. Im Blick nach vorn ist für ihn die Architektur dann die Kunst, der eine soziale Kraft zukommt: architektonische Entwürfe sind „konkrete“, vorwärts treibende Utopien.¹² Auch die „Konsumgesellschaft“ ist nicht ohne eine bestimmte, Begehren weckende Architektur denkbar. Das hat bereits Walter Benjamin gezeigt. Für ihn ist die Architektur das „wichtigste Zeugnis der latenten Mythologie“ der Gesellschaft, ihres Begehrens. Und da die „wichtigste Architektur des 19. Jahrhunderts“ die Passage ist, kann man an ihr den Ursprung des modernen Subjekts entdecken. Wie prähistorische Gesteine „den Abdruck von Ungeheuern aus diesen Erdperioden tragen, so liegen die Passagen heute in den großen Städten wie Höhlen mit den Fossilien eines verschollenen

Untiers: der Konsumenten aus der vorimperialen Epoche des Kapitalismus“.¹³ Die Passagen bieten den Raum für Bewegungen und Blicke des Flaneurs, der im Tempo einer Schildkröte durch den Warenschungel spaziert. Gabriel Tarde und später Georges Bataille richten ihren Blick auf den Bauaufwand: Dieser ist ein konstitutives soziales Phänomen (schafft soziales Prestige) und für Tarde gar der „Grund für das Dasein alles übrigen“. Daher ist die (Pracht-)Architektur nicht nur eines der sichtbarsten, sondern auch der „tiefgründigsten Merkmale“ der Gesellschaft.¹⁴

Die französische Soziologie interessiert sich zudem vor allem für den Vergleich nichtmoderner und moderner Gesellschaften. Marcel Mauss hat die Art und Weise, in der sich die Eskimo-Gesellschaft architektonisch am Boden fixiert, beobachtet: Es ist eine Gesellschaft, die sich im Sommer in kleinen Zelten zerstreut; im Winter „wandeln sich die morphologische Gestalt der Gesellschaft, die Technik ihrer Wohnbauten und die Struktur der darin Schutz suchenden Gruppe ganz und gar“. Die Eskimo ziehen in feste, kollektive Häuser und führen darin ein intensives soziales und religiöses Leben in Güter- und Frauen-

gemeinschaft. Sie entfalten also einen absoluten Rhythmus des sozialen Lebens, der nicht ohne den Wechsel der Architektur denkbar ist.¹⁵ Maurice Halbwachs hat demgegenüber die „Standsicherheit“ betont, welche die gebaute Gestalt dem Sozialen schafft: nicht zuletzt für das Christentum, einer immerhin 2000-jährigen Institution. Es gibt keine Institution ohne Architektur; denn weit entfernt, ein bloßes „Gedankengebilde“ zu sein, muss sich jede soziale Einrichtung mit „unbelebtem Stoff“, mit „Bauwerken, Häusern, Plätzen . . . beschweren“.¹⁶ Und Claude Lévi-Strauss veranschaulicht sich die überaus komplexe Struktur der nicht modernen Gesellschaften der Bororo anhand ihrer Hütten, von denen jede eine Familie beherbergt und die kreisförmig um einen Platz angeordnet sind, in dessen Mitte das Männerhaus steht. In dieser Anordnung klassifiziert, teilt, hierarchisiert sich die Gesellschaft.¹⁷ Auch für Pierre Bourdieu basiert die „Beharrungskraft“ sozialer Strukturen auf ihrer „Einschreibung in den Raum“: in der sich die Macht unbemerkt „behauptet“, sofern sie sich direkt an den Körper wendet. Der Architektursoziologe avant le lettre aber ist Michel Foucault: Er beschreibt die Architektur des Gefängnisses und

zeigt, wie das disziplinierte und arbeitsame Subjekt – also wir – im 19. Jahrhundert durch eine spezifische Architektur (des Panoptismus) erzeugt wird. Es sind die Steine, welche die Individuen „gelehrig“ machen, indem sie an die Stelle der totalen Einschließung Durchblicke treten lassen, die aus den Einzelnen „Objekte einer Information“ machen. Foucault spürt auch an weiteren Stellen eine Architektur auf, die als „Auge der Macht“ einer Gesellschaft fungiert, deren Ökonomie es erforderlich macht, die Macht in alle Bereiche der Gesellschaft eindringen zu lassen. Im 18. Jahrhundert enthält jede Abhandlung über Politik „Kapitel über Städtebau, den Bau kollektiver Einrichtungen, Hygiene und den Bau von Privathäusern“, während Schlösser und „Zwangshäuser“ Orte des Misstrauens werden, so dass sich die neue Gesellschaft „ohne ihre Auslöschung nicht errichten lässt.“¹⁸ Es geht nicht um einzelne Gebäude, sondern um architektonische Denkweisen, um ein je spezifisches sozio-technisches Konglomerat. Die Antike wäre in diesem Blick weniger eine „Demokratie“ (ein viel zu weites Wort) als eine „Zivilisation des Schauspiels“: Tempel und Theater erzeugen eine öffentliche Lebensweise in einer uns un-

bekannten sinnlichen Intensität. Sofern wir nicht mehr „auf den Rängen“ sind, sind wir „weit weniger Griechen, als wir glauben“.¹⁹ Einiges wäre noch anzuführen, etwa Marc Augés Beobachtung der Flughäfen („Nicht-Orte“) oder Roland Barthes‘ Analyse der Bedeutung des Eiffelturmes sowie neuere, noch nicht „klassische“ Studien.

Was die Architektur vermag . . .

. . . das hat, soviel ich weiß, noch niemand festgestellt“.²⁰ So könnte man es mit Spinoza trotz der veritablen Klassiker sagen. Denn diese haben implizite Architektursoziologien entfaltet, die ohne begriffliche Klärungen auskommen. Spinoza hatte im 17. Jahrhundert konstatiert, es habe noch niemand genau erkundet, was der menschliche Körper allein vermag, wel-

cher aktive Anteil dem Körper im Zusammenspiel mit dem „Geist“ zukomme, auf welche Weise er andere Körper affiziere und von ihnen selbst affiziert werde. Für Spinoza ist etwa die Frage offen, ob der Körper Kirchen bauen kann: Es hat eben noch niemand systematisch festgestellt, woher die Energien kommen, was genau die antreibende Kraft ist. Bisher hat auch noch keine Soziologie systematisch festgestellt, was die Architektur hinsichtlich des Sozialen vermag: welche Motivationen, Einteilungen, Hierarchien, Gesellschaften mit ihr eher geschaffen als nur noch ausgedrückt werden. Das ist die Aufgabe der aktuell sich entfaltenden Architektursoziologie, auf deren Fallstudien man gespannt sein darf – ebenso wie man gespannt sein darf, worauf die Architektur demnächst kommt.

Zuerst erschienen in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25/2009, S. 11-16

Dr. phil. Heike Delitz ist Postdoc-Stipendiatin im Rahmen der Bayerischen Eliteförderung in Soziologie und Philosophie an der Universität Bamberg; sie promovierte 2009 zum Thema „Architektur als Medium des Sozialen“ an der Technischen Universität Dresden.



Literatur und Anmerkungen

- 1 Wolfgang Eßbach, Antitechnische und antiästhetische Haltungen in der soziologischen Theorie, in: Andreas Lösch u. a. (Hrsg.), *Technologien als Diskurse*, Heidelberg 2001, S. 123–136.
- 2 Zu einer Korrektur des Kommunikationsbegriffs in Richtung der Architektursoziologie vgl. Joachim Fischer: *Die Bedeutung der Philosophischen Anthropologie für die Architektursoziologie*, in: Karl Siegbert Rehberg (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit - Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004*, Frankfurt/New York 2006, CD, S. 3417-3429.
- 3 Vgl. Joachim Fischer/Heike Delitz (Hrsg.), *Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie*, Bielefeld 2009.
- 4 Vgl. Ernst Seidl (Hrsg.), *Lexikon der Bautypen*, Stuttgart 2006.
- 5 Arnold Gehlen, *Urmensch und Spätkultur* (1956), Frankfurt/M. 2004, S. 25.
- 6 Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis* (1939), Stuttgart 1967.
- 7 Siegfried Kracauer, *Das neue Bauen*, in: *Frankfurter Zeitung* vom 31. 7. 1927.
- 8 Helmuth Plessner, *Wiedergeburt der Form im technischen Zeitalter* (1932), in: ders., *Politik – Anthropologie – Philosophie*, München 2001, S. 71–86.
- 9 Werner Sombart, *Luxus und Kapitalismus*, München 1912.
- 10 Georg Simmel, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung* (1908), Berlin 19685, S. 472.
- 11 Norbert Elias, *Die höfische Gesellschaft*, Luchterhand/Neuwied 1969.
- 12 Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Bd. 2, Frankfurt/M. 1959.
- 13 Walter Benjamin, *Das Passagen-Werk* (1927-1939), Frankfurt/M. 1991, S. 670.
- 14 Gabriel Tarde, *Die Gesetze der Nachahmung* (1890), Frankfurt/M. 2009, S. 77.
- 15 Marcel Mauss, *Über den jahreszeitlichen Wandel der Eskimogesellschaften* (1905), in: ders., *Soziologie und Anthropologie 1*, Frankfurt/M. 1989, S. 182–270.
- 16 Maurice Halbwachs, *Was heißt soziale Morphologie?* (1938), in: ders., *Soziale Morphologie*, Konstanz 2002, S. 11–22, hier: S. 15.
- 17 Claude Lévi-Strauss, *Bororo*, in: Ders., *Traurige Tropen* (1955), Frankfurt/M. 1978, S. 190–237.
- 18 Michel Foucault, *Raum, Wissen und Macht* (1982), in: Ders., *Schriften 4*, Frankfurt/M. 2005, S. 324–341, hier: S. 325.
- 19 Michel Foucault, *Überwachen und Strafen*, Frankfurt/M. 1976, S. 278.
- 20 Baruch de Spinoza, *Die Ethik* (1677), Hamburg 1999, III, Vorwort; Ein Theorievorschlag vgl. Heike Delitz, *Architektur als Medium des Sozialen*, Diss. TU Dresden 2009 (Frankfurt/M.: Campus 2010, in Vorbereitung).

Maßhalten!

Kluge Führungskräfte wissen: Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft ist ein Wettbewerbsfaktor - gerade in der Krise

Krisenzeiten führen manchmal zu harten Anklagen. Das ist heute so und das war früher so. Im Jahr 1524 schreibt ein Zeitgenosse angesichts der gewaltigen Umwälzungen des Frühkapitalismus der Politik ins Stammbuch: „Dieweil lassen sie Diebe hängen, die einen Gulden oder einen halben gestohlen haben, und machen Geschäfte mit denen, die alle Welt berauben und mehr stehlen, als alle anderen, damit ja das Sprichwort wahr bleibe: Große Diebe hängen die kleinen Diebe, und ... kleine Diebe liegen im (Schuld)turm und Stock, aber öffentliche Diebe gehen in Gold und Seide.“

Der Zeitgenosse, der das schrieb, war Martin Luther und wurde für das Christentum so wichtig, dass sich eine ganze Kirche nach ihm benannte. Aus seinen Worten spricht eine moralische Empörung, die uns heute bestens bekannt ist und neue Nah-

rung bekommt, wenn eine Kassiererin im Supermarkt wegen der falschen Abrechnung von 1,30 € gerichtlich abgesegnet gekündigt wird und Manager, die Milliarden verzockt haben, mit Goldenem Handschlag verabschiedet werden.

Es ist natürlich wohlfeil geworden, auf solche Vorgänge zu schimpfen. Politiker, die noch vor kurzem selbst mit dem Stichwort „Neiddebatte“ schnell bei der Hand waren, profilieren sich nun als die Vorkämpfer sozialer Gerechtigkeit. Auf Populismus lässt sich die öffentliche Empörung über maßlose Gehälter dennoch nicht reduzieren. Sie berührt die moralische Infrastruktur der Gesellschaft, die gerade in Zeiten der Krise besonderer Bewährung ausgesetzt ist.

Es geht dabei um eine Dimension gesellschaftlichen Zusammenhalts, die von zentraler Bedeutung

ist. Ich nenne sie „Reziprozität“. Mit Reziprozität ist hier nicht primär die Gegenseitigkeit im direkten Austausch von Waren und Dienstleistungen gemeint. Reziprozität meint Gegenseitigkeit auf einer viel grundlegenderen Ebene. Diese Art von Gegenseitigkeit bezieht sich auf die Gesellschaft als ganze und beruht auf einem tief verwurzelten Vertrauen, das für den sozialen Zusammenhalt entscheidend ist.

Die Menschen in einer Gesellschaft müssen das Gefühl haben, dass sie im Prinzip alle von der gesellschaftlichen Zusammenarbeit profitieren. Ohne Zweifel haben Appelle an die Opferbereitschaft der Bevölkerung gerade in Zeiten der Krise ihre Bedeutung. Solche Appelle werden aber dann schal und entwickeln sogar kontraproduktive Dynamiken, wenn es die Starken sind, die Opfer von den Schwächeren verlangen anstatt umgekehrt. Der Volksmund hat dafür das Wort vom „Wasser predigen und Wein trinken“ gefunden. Um dieses Reziprozitätsgefühl oder seine Gefährdung geht es, wenn in diesen Tagen zu Recht davor gewarnt wird, dass als Ergebnis der Finanzmarktkrise die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden, eine Warnung, die auch die zurückliegende

Bremer Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in ihrem Beschluss zur Finanzmarktkrise noch einmal deutlich ausgesprochen hat.

Die Frage, ob wir in unserem Land gestärkt aus dieser Wirtschaftskrise hervorgehen, wird sich wesentlich daran entscheiden, ob die möglicherweise notwendigen Einschnitte diesmal im Einklang mit dem Reziprozitätsgefühl der Bevölkerung vorgenommen werden. Was immer in den kommenden Wochen und Monaten von Politik und Wirtschaft an Konzepten oder gar Rezepten entwickelt wird, um der Wirtschaftskrise Herr zu werden, es muss den Reziprozitätscheck durchlaufen, soll es nicht zur Gefahr für den in Zeiten der Krise besonders labilen sozialen Zusammenhalt werden.

Schon jetzt ist absehbar, dass einige der Vorschläge in der politischen Debatte keine Aussicht haben, einen solchen Reziprozitätscheck zu bestehen. Großzügige Staatshilfen, die auch von den Steuergeldern der Krankenschwester und des KFZ-Mechanikers aufgebracht werden, sind jedenfalls nur dann zu rechtfertigen, wenn klare Mechanismen gefunden werden können, die entweder die Rückzahlung oder die gemeinwohloverträgliche Ver-

wendung dieser Gelder gewährleisten. Und die Forderung nach generellen Steuersenkungen besteht einen solchen Reziprozitätstest nicht, denn sie spült nun ausgerechnet denjenigen das meiste Geld in die Taschen, die am wenigsten darauf angewiesen sind. Eine Steuerreform, die den Reziprozitätstest bestehen will, muss diejenigen besonders in die Pflicht nehmen, die von den sich jetzt als zerstörerisch offenbarenden Mechanismen in der Vergangenheit besonders profitiert haben. Die EKD-Unternehmerdenkschrift hat jüngst in aller Klarheit festgestellt, dass unternehmerisches Handeln als wichtiger Beitrag zum Wohlstand einer Gesellschaft auch ethisch zu würdigen ist. Das war richtig. Nicht zuletzt deswegen, weil es vielleicht auch der wirksamste Weg ist, um den ethischen Maßstäben, an denen sich unternehmerisches Handeln dabei messen lassen muss, neue Gel-

tung zu verschaffen.

Es ist kein Naturgesetz, dass Unternehmerverbände geradezu reflexhaft aufschreien, wenn aus der Politik Vorschläge zur Weiterentwicklung ökologischer und sozialer Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns kommen. Die klügeren unter den Führungskräften in den Unternehmen wissen genau: ein unternehmerisches Handeln, das die Suchbewegung hin zu einer am Ziel der gerechten Teilhabe aller orientierten nachhaltigen Wirtschaft zur eigenen Sache macht, ist zukunftsfähiger als enge Interessenpolitik.

Auch für die Unternehmen ist der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft in Krisenzeiten ein Produktivfaktor. Dass die Betriebe in Deutschland bisher die Möglichkeiten, Entlassungen zu verhindern, weitgehend zu nutzen scheinen, gibt durchaus Anlass zu verhaltenem Optimismus.

Zuerst erschienen in: Die Zeit vom 16.04.2009, S. 29.

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm ist Inhaber des Lehrstuhls für Evangelische Theologie der Universität Bamberg. Zu seinen wissenschaftlichen Schwerpunkten gehören unter anderem die Ökumen. Theologie sowie die Friedens- und Wirtschaftsethik.



CHRISTIAN ILLIES

Darwin lupft die Decke

Menschliche Sexualität aus Sicht der Evolutionsbiologie

Was vor rund 380 Millionen Jahren begonnen hat, hält uns heute noch auf Trapp. Manche mehr, andere weniger, vor allem Jugendliche, mehr im Mai als im November – aber es durchzieht als Grundspannung unser aller Leben: Das erotische Hingezogen-sein zum anderen Geschlecht, das in der Sexualität seinen höchsten Ausdruck findet.

Dass es überhaupt zwei Geschlechter gibt, ist eine uralte Geschichte, denn Zweigeschlechtlichkeit hat evolutionär Vorteile: Die geschlechtliche Fortpflanzung sorgt für eine Mischung des Erbguts und erzeugt damit mehr Variationen, bei denen die natürliche Auslese dann erfolgreicher ansetzen kann. Und sie vermindert genetische Schwächen – wer von zwei Elterntieren seine Gene bekommt, hat größere Aussichten, jeweils wenigstens ein gesundes Gen zu haben. Deswegen hat sich

die geschlechtliche Fortpflanzung, sobald sie vor Urzeiten auftrat, bei vielen Pflanzen und fast allen Tieren durchgesetzt.

Die Evolution brachte mannigfaltige Mechanismen der Fortpflanzung hervor, und vor rund 380 Millionen Jahren war es dann soweit: erstmals tauchte eine Befruchtung im Mutterleib auf, die der unseren entspricht. Das weiß man erst seit Kurzem; vor einigen Monaten wurde in Nature berichtet, daß man bei Versteinerungen der fischähnlichen Plattenhäuter Embryonen im Leib von Weibchen gefunden hat. Und die eigentümlichen Flossen im Beckenbereich der Männchen deutet man als einen urtümlichen Penis. Das war ein evolutionärer Geniestreich, denn findet die Befruchtung und Reifung des Nachwuchses im Mutterleib statt, ist die Brut wesentlich besser geschützt. Von den Plattenhäutern dürfte diese

Form der Sexualität dann in einer langen Entwicklungsgeschichte an Knorpelfische, Knochenfische, Amphibien, Reptilien, Vögel und schließlich die Säugetiere – und damit uns - weitergegeben worden sein.

Das ist eine glibbrig-feuchte Vorgeschichte menschlicher Sexualität und man mag sich wundern, warum wir uns heute immer noch so gerne wie Plathäuter benehmen. Aber die Evolutionsbiologie kennt die Gründe: Es haben sich in der Evolution auch Anlagen für eine entsprechende Motivation entwickelt, die dafür sorgen, daß der Mensch auch sexuell aktiv werden *will*. (Freud meinte sogar, daß wir nichts anderes wollen und sich aus dem erotischen Streben unser ganzes Verhalten, Denken und die Kultur erklären lasse...)

Leider wollen Männer und Frauen nicht immer das Gleiche. Die Evolutionstheorie geht jedenfalls davon aus, daß für Männer und Frauen zwei unterschiedliche „Fortpflanzungsstrategien“ evolutionär sinnvoll gewesen seien - und sich entsprechend unterschiedliche Antriebe bei Mann und Frau entwickelt hätten. Hinter all dem steht die Logik einer evolutionären Verhaltensklärung, nach der sich diejenige Anlage durchsetzt, die das Individuum dazu bringt,

möglichst viele Nachfahren zu erzeugen. Da nun aber Männer wegen ihrer großen Samenzahl fast unbegrenzt viele Frauen schwängern könnten, habe sich bei ihnen eine Tendenz zum rastlosen Suchen nach immer neuen sexuellen Kontakten entwickelt. Frauen dagegen vermögen nur eine begrenzte Anzahl von Kindern auszutragen und aufzuziehen. Für sie ist es unerheblich, ob sie mit einem oder hundert Männern verkehrt – mehr als schwanger werden kann sie nicht. Deshalb ist sie von Natur aus besonders darauf erpicht, einen verlässlichen Partner zu suchen, der ihr bei der Aufzucht des Kindes hilft. Deswegen haben Mächtige und Reiche diese unwiderstehliche Anziehungskraft auf Frauen, sagt die Evolutionstheorie. Eine Studie von Daniel Nettle von der University of Newcastle hat gezeigt, daß die sexuelle Lust von Frauen mit dem Einkommen ihres Partners steigt. Warum? Macht und Geld signalisieren die Fähigkeit, sich um die Kinder zu kümmern und diese zu schützen. Und solche Männer werden von Frauen gesucht.

Wie steuert aber die Natur unser Wollen, Fühlen und Handeln? Vor allem mit unscheinbaren aber wirkmächtigen Substanzen, die in unserem Blut zirkulieren – den

Hormonen. Diese lassen nicht nur in der Pubertät die Geschlechtsorgane und die sekundären Geschlechtsmerkmale (etwa Darwins Bart) reifen, steuern bei Frauen fruchtbare und unfruchtbare Tage und führen zum Milchfluß nach der Geburt eines Kindes. Sie beeinflussen auch unser Gefühle und Sehnsüchte und damit das Verhalten. Das Auf und Ab der Stimmung während der weiblichen Periode ist ein Beispiel, aber auch erotische Frühlingswallungen oder die allgemein höhere Aggressionsbereitschaft von Männern – siebenmal mehr Testosteron durchschwemmt die Armen (die rund 10 mal häufiger morden als Frauen). Zum Glück gibt es daneben auch das als „Freundschafts- und Zärtlichkeitshormon“ beschriebene Oxytocin, dessen Ausschüttung im Hypothalamus, einem Gehirnteil, durch Berührungen und Zärtlichkeiten stimuliert wird. Es soll, so die Neurobiologie, die Sympathie für anderen Personen und das Vertrauen in sie erhöhen.

Der Einfluß der Hormone scheint ebenso vielfältig wie subtil, und die Biologie hat in den letzten Jahren eine Fülle wundersamer Beobachtungen gemacht. So wurde entdeckt, daß ein bestimmtes Gen (AVPR1A), das mit dem Hor-

mon Vassopressin in Beziehung steht, bei Präriewühlmäusemännchen die monogame Bindung an die Mäusin befördert. Hasse Walum vom Karolinska-Institut in Stockholm untersuchte diese Gen nun beim Menschen und stellte fest, wie Mensch und Maus sich ähneln: Jene 40 % der Männer, die eine bestimmte Form des Gens haben (Allel 334), waren häufiger ledig bzw. fühlten sich schwächer an ihre Partnerinnen gebunden, die dann auch mit der Beziehung weniger zufrieden waren als die glücklicheren Partnerinnen von Trägern anderer Allele.

Und auch ob uns jemand überhaupt attraktiv erscheint, soll hormonell (mit)bestimmt werden. Ein besondere Trick ist hier ein Austausch von Botenstoffen zwischen Mann und Frau: Pheromone sind chemische Substanzen, die Signale zwischen den Geschlechtern vermitteln und Reaktionen auslösen, etwa die Partnerwahl steuern. So können Männer riechen, wann eine Frau ihre fruchtbaren Tage hat, weil sie dann über den Schweiß besondere Pheromone abgibt – diese bewirken, dass sie gerade dann den Männern besonders begehrenswert erscheint. Jedenfalls wurde in den Nachtclubs von Albuquerque in New Mexiko festgestellt, daß

das Trinkgeld von Stripperinnen mit dem monatlichen Zyklus steht und fällt: An fruchtbaren Tagen erhielten die sich ausziehenden Damen von offensichtlich besonders angezogenen Männern im Schnitt 335 Dollar, an den unfruchtbaren Tagen nur 165 Dollar. Aber vorsicht, Pheromone lauern überall – angeblich soll der Aromastoff Decanal im Orangensaft wie ein Pheromon wirken und sexuelles Verlangen steigern.

Das klingt natürlich sehr ernüchternd. Der Mensch, der alte Plattenhüter, ist Opfer seiner Natur. Der Mann gleicht einer fellosen Präriewühlmaus, von der Natur rastlos von Weib zu Weibe getrieben - und die armen Frauen leiden unter dieser Natur der Männer, die ihnen zu wenig Oxytocin-schübe vermitteln. Müssen wir uns nicht als Marionetten unserer Gene verstehen? Sind nicht alle mahnend erhobenen Zeigefinger sinnlos?

Zum Glück nicht. Der Finger darf oben bleiben – und vor allem sollten wir mit ihm an die eigene Brust und den Kopf tippen. Denn dort entscheidet sich letztlich, was wir tun. Die Natur macht nur „Vorschläge“, wie der Evolutionsbiologe Hubert Markl es auf den Punkt bringt, sie zwingt uns nicht. Der Mensch hat viele Anlagen, die ihn

herausfordern, aber nicht für ihn entscheiden. Man denke an die große Trägheit, die uns das morgendliche Aufstehen manchmal sauer werden läßt – die wir aber dennoch überkommen können. Oder die Lust, noch ein Bier zu trinken, obgleich wir später Autofahren wollen. Hier wie gegenüber dem anderen Geschlecht mögen wir manches mal „natürliche“, drängende Neigungen verspüren, aber es liegt an uns, was wir tun. Sich gegen sie zu entscheiden ist oft nicht leicht, aber immer möglich.

Die Evolutionsbiologie taugt also nicht dazu, unser Fehlverhalten zu entschuldigen. Und sie zeigt uns deswegen keinen ganz neuen Menschen: Dass da ein „alter Adam“ in uns weiterlebt, dessen Beherrschung für uns eine stete Aufgabe bleibt, wußte die christliche Theologie schon von jeher.

Aber doch ist viel von der Evolutionsbiologie zu lernen. Je besser wir wissen, wie und wo genau in uns präriewühlmäuseartige Anlagen drücken, desto besser können wir uns dafür wappnen, mit ihnen umzugehen. Genaue Kenntnis der menschlichen Natur ist daher der erste Schritt der Selbstbeherrschung. Und der zweite vielleicht Humor: Es hat auch etwas sehr

Komisches, in sich wieder einmal die alte Wühlmaus herumkriechen zu spüren, die so tut, also sei sie unser eigentliches ich. Lernen wir zu lachen über uns und manche Impulse, die uns angesichts eines straff gespannten T-Shirts oder eines imposanten Geldbeu-

tels überkommen mögen. Und der dritte Schritt wäre die Klugheit, zum Beispiel Situationen zu vermeiden, in denen die Mäuse in uns allzu mächtig uns bedrängen. Überlisten wir sie am besten – Orangensaft sollte man eben nur mit der eigenen Frau trinken ...

Zuerst erschienen in: forum 11/2009, S. 4f.

Prof. Dr. Christian Illies ist Professor für Philosophie an der Universität Bamberg. Nach seinem Abschluss als Diplom-Biologe an der Universität Konstanz promovierte er in Oxford in Philosophie und habilitierte in Aachen.



REZA HAJATPOUR

Der kurze Frühling der Freiheit

Iran seit 1979 - eine Geschichte betrogener Hoffnungen

Vor 30 Jahren gingen Millionen Iraner, darunter auch viele junge Theologen, auf die Strasse und forderten ein gerechtes politisches System. Freiheit, Gleichheit und Solidarität waren ihre Parolen. Der geistliche Führer der Revolution von 1978/79, Ayatollah Khomeiny, wurde für viele der Hoffnungsträger einer neuen Ära, die Demokratie statt Despotismus verhies.

Falsche Versprechungen

Khomeiny wandte sich dem einfachen Volk zu, versprach ihm Freiheit und Würde, stärkte bei den ärmeren Bevölkerungsschichten das Selbstwertgefühl, das ihnen unter dem Schahregime verwehrt worden war. «Ich schätze euch Menschen in den Armenvierteln sehr viel höher ein als alle diese Palastbewohner», verkündete er. Dies waren Worte, für die Tausende ihr Leben opferten. Mit

historischem Stolz identifizierte sich das Volk mit dem Glauben eines Klerus, der ihm ein Paradies der Gerechtigkeit und der moralischen Grösse versprach. Niemand hätte geglaubt, dass ein geistlicher Würdenträger wie Khomeiny die Menschen mit religiösem Populismus irreführen könnte. Als Journalisten ihn fragten, ob die Islamische Republik die demokratische Freiheit für das Volk respektieren würde und welche Rolle er in diesem Staat spielen wolle, entgegnete Khomeiny: «Die islamische Regierung ist eine demokratische Regierung im wahren Sinne. Jeder kann seine Meinung äussern. Die islamische Regierung wird allen mit der Logik des Dialoges begegnen. Ich werde keine Aktivitäten in der Regierung übernehmen und so bleiben, wie ich jetzt bin. Ich werde die islamische Regierung nur moralisch begleiten.»

Wer aber Khomeinys Vorlesun-

gen zur «Herrschaft des religiösen Rechtsgelehrten» gelesen hat, der weiss, dass diese Worte nur für die westliche Presse bestimmt waren. Der islamische Staat, den er zu realisieren wünschte, gründete auf einem religiösen Despotismus, vor dem das geistliche Oberhaupt Mirza Hossein Naini schon zur Zeit der Verfassungsrevolution in Iran (1907 bis 1911) gewarnt hatte. Khomeinys Herrschaftslehre erkannte nur einen einzigen Machtanspruch an, den der Herrschaft des religiösen Rechtsgelehrten (velayat-e faqih). Das Gottesrecht sollte über dem Recht des Volkes stehen. Die Errichtung des islamischen Staates wollte er zur individuellen und kollektiven Pflicht machen, denn nur so könne eine islamische Gesellschaft von Fremdherrschaft und verschwörerischer Unterwanderung befreit werden.

Die Hölle der Frommen

Der islamische Gottesstaat war der Preis, den man nach langem Kampf gegen die Monarchie der westlich orientierten Pahlevi-Dynastie errungen hatte. Man dachte nun, Herr seines eigenen politischen Schicksals zu sein, frei von fremden Einflüssen, und glaubte, die Korruption ein für allemal aus dem Land vertrieben zu haben.

Das Volk träumte von einem politischen System, in dem sowohl die persönliche Freiheit geachtet als auch gerechte und humane Lebensverhältnisse für alle Menschen geschaffen würden. Ein Traum, der zum Albtraum wurde. In kürzester Zeit zeigten nämlich die neuen religiösen Machthaber ihre bigotte Seite. Keine Spur von freier Meinungsäusserung, geistiger und politischer Freiheit. Im Land herrschten Terror und Verfolgung. Aus dem «Frühling der Freiheit» wurde der Beginn eines klerokratischen Despotismus, und aus dem Paradies wurde die Hölle der Frommen. Der damals amtierende frei gewählte Präsident Bani-Sadr (1980/81) musste fliehen. Ayatollah Montazeri, der designierte Nachfolger Khomeinys, wurde wegen seiner kritischen Äusserungen isoliert. Die religiösen Minderheiten, vor allem die Anhänger der Bahai-Religion, wurden mit aller Härte bedrängt. Oppositioneller Protest wurde mit Verhaftungen, Folter, Hinrichtungen und im milderen Fall mit Hausarrest beantwortet. Aus der Republik hatte sich nun ein Ein-Gottesmann-Staat entwickelt, ein Land der religiösen Juristen, ein Einparteienstaat der Islamisch-Republikanischen Partei von Ayatollah Khamenei. Man führte

eine systematische «Säuberung» durch, eine Hexenjagd gegen jeden politisch oder moralisch Verdächtigen. Der iranische Staat war erneut tief verstrickt in politische, wirtschaftliche und moralische Korruption.

Schon in der Zeit der provisorischen Regierung Mehdi Bazargans (1979), dem sogenannten «Frühling der Freiheit», zeichneten sich Machtkämpfe unter den Revolutionären ab. Zu Lebzeiten Khomeinys bildeten sich innerhalb des islamisch-republikanischen Lagers verschiedene Faktionen, die um Macht rangen. Einerseits die linksorientierten Hardliner, die Revolutionsrichter und die Revolutionsgarden, andererseits die konservativen Gelehrten des rechten Flügels. Nach dem Tod des charismatischen Führers Khomeiny meldeten sich plötzlich Reformorientierte der geistigen Elite zu Wort. Sie plädierten für eine Liberalisierung des Gottesstaates. Intellektuelle und Schriftgelehrte diskutierten über die Rolle der Religion in der modernen Zeit. Geistliche wie Mujtahid Schabestari, die einst von einer islamischen Utopie träumten, wandten sich von der Republik ab und forderten eine zivile Gesellschaft. Der religiöse Intellektuelle Abdulkarim Soroush, der sich zunächst

aktiv für eine Kulturrevolution eingesetzt hatte, bemühte sich um eine neue und moderne Lesart der Scharia: Die Religion und die religiösen Juristen müssten sich dem Zeitgeist anpassen, und die Macht des Klerus sollte an demokratische Prinzipien gebunden sein. Soroush forderte zusammen mit dem gleich gesinnten Geistlichen Mohsin Kadivar Toleranz gegenüber Andersgläubigen und eine Existenzberechtigung für die religiösen Minderheiten.

Der gescheiterte Hoffnungsträger

Nach der Präsidentschaft Rafsanjanis (1989 bis 1997) gewann überraschend Mohammed Khatami die Präsidentenwahl. Er hatte dem Volk Liberalisierung und Reformen versprochen: Pressefreiheit, einen liberaleren Umgang mit dem äusseren Erscheinungsbild der Frauen, kritischen Dialog mit dem Westen usw. Von Khatami erhoffte man, dass er ein iranischer Gorbatschew würde. In dieser Zeit wurde die Macht der Revolutionsgarde und anderer revolutionärer Hardliner immer mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt. Auch die Autorität des obersten religiösen Führers, Ali Khamenei, schien ihren Glanz zu verlieren. Die Front zwischen Reformisten und Funda-

mentalisten verhärtete sich.

Trotz einigen offenen Debatten wurde aber auch zu Khatamis Zeiten gegen intellektuelle Kritiker und Schriftsteller mit Sanktionen vorgegangen. Selbst die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung erfüllte sich nicht. Und ohnehin war abzusehen, dass diese Liberalisierungsversuche nicht lange anhalten konnten, denn die radikalen Anhänger der Islamischen Republik konnten eine dauerhafte Isolierung von der Macht nicht dulden.

Bei der Parlamentswahl 2004 am Ende von Khatamis Präsidentschaft gewannen wieder die fundamentalistischen Hardliner die Oberhand, und mit der Wahl Mahmud Ahmadinejads zum Präsidenten konnte sich die Revolutionsgarde wieder in die Öffentlichkeit trauen. Es war ein schwerer Rückschlag für diejenigen Kräfte, die sich eine Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft und des Staatssystems in Iran erhofft hatten. Ahmadinejad, ein Mann aus einfachen Verhältnissen, der eine Zeitlang Mitglied der Revolutionsgarde war, konnte sich gegen den geistlichen Pragmatiker Rafsanjani durchsetzen, weil er bei den ärmeren Bevölkerungsschichten, den Arbeitslosen und den alten revolutionären

Gruppierungen in Iran die Hoffnung geweckt hatte, für sie und ihre Ideale zu sprechen. Er trat als Patriot und als wahrer Revolutionär auf und erweckte mit seiner Kritik an den herrschenden Pragmatikern und Korrupten, wie er sie bezeichnete, den Eindruck, für die Interessen des Volkes und des Landes einzustehen.

Ahmadinejad verheimlichte kaum seine politischen Ziele: «islamische Herrschaft» anstelle von «Islamischer Republik». Er stellte alle Reformbemühungen und Liberalisierungsversuche der letzten Jahrzehnte in Frage und propagierte eine Rückkehr zu den Wurzeln der Revolution von 1978/79. Damit waren die Abkehr von der internationalen Gemeinschaft und die Re-Ideologisierung der Islamischen Republik gemeint. Das Ergebnis der letzten fünf Jahre seiner Präsidentschaft sind eine starke Präsenz der Revolutionsgarde und der Volksmiliz in der Öffentlichkeit und im Staatsapparat, die Verhinderung aller Reformbewegungen, die erneute Stabilisierung der früheren revolutionären Machtzentren im politischen System und eine klassische Vetternwirtschaft.

Es geht um mehr als Wahlbetrug

Nun demonstrieren wieder, wie

vor dreissig Jahren, die Menschen auf den Strassen und versammeln sich abends auf den Dächern. Dabei geht es um mehr als den vermuteten Wahlbetrug. Es ist zwar gewiss, dass die etwa 33 Prozent Stimmen für den Reformisten Mir-Hossein Moussavi bei dieser hohen Wahlbeteiligung nicht der wahren Zahl entsprechen können. Offensichtlich ist jedoch, dass die Proteste nicht allein Moussavi und seiner verlorenen Wahl gelten. Was sich in Iran im Moment abspielt, ist vielmehr eine politische Absage an die despotische Macht der religiösen Juristen, an die Präsenz der revolutionären Milizen im Staat. Die neue politische Generation will einen Wechsel, die Rückkehr der Freiheit und eine offene Gesellschaft.

Die jüngsten Proteste sind die erste offene Machtprobe zwischen Volk und Klerus. Die Ereignisse zeigen die Verwundbarkeit des islamischen Systems in Iran. Es war zu erwarten, dass Khamenei keinesfalls nachgeben wird, wie

er dies in seiner Ansprache zum Freitagsgebet letzte Woche auch deutlich gemacht hat. Ihm ist bewusst, dass es bei den Protesten an erster Stelle nicht um den Wahlbetrug geht, sondern um die Infragestellung seiner Herrschaft, die inzwischen selbst von vielen seiner geistlichen Kollegen angezweifelt wird. Sein Auftritt am Freitag war eine offenkundige Machtdemonstration und die Konfrontation seiner neuen, fundamentalistischen Elite mit den Reformkräften und seinen Gegnern in den eigenen Reihen. Ahmadinejad ist Khameneis einzige Hoffnung, seine Position aufrechtzuerhalten und seine Schwäche und weitgehende Isolation zu verbergen.

Nun bleibt zu sehen, wie entschlossen das Volk zu einem Neuanfang ist. Was wird seine nächste Strategie sein, um sein Verlangen nach einem Wechsel zu bekunden und den religiösen Despotismus in ein freiheitliches, demokratisches System zu verwandeln?

Zuerst erschienen in: Neue Züricher Zeitung vom 25.06.2009, S. 23.

Dr. phil. habil. Reza Hajatpour ist Islamwissenschaftler und Privatdozent am Lehrstuhl für Iranistik der Universität Bamberg. Sein Buch „Der brennende Geschmack der Freiheit“ schildert seine Erinnerungen an die islamische Revolution.



STEPHAN POPP

Ein Geist, der Ost und West umfasst

*Muhammad Iqbal - ein Dichter und Denker als Pakistans
geistiger Vater*

Unter den Personen, die Pakistan zu seinen Gründervätern zählt, befindet sich auch ein Dichter: Muhammad Iqbal (1877 - 1938). Das ist nicht verwunderlich, denn in ganz Asien gilt das Gedicht als *der* Beweis für die Bildung eines Menschen. Dazu war Iqbal ein bedeutender Philosoph des 20. Jahrhunderts. Individualität, freie Persönlichkeitsentfaltung und Leidenschaft für das Wohl aller sah er als Grundlage des Islam und war dabei in Kants, Hegels, Nietzsches und Bergsons Werk bewandert wie kein anderer islamischer Denker. Dies alles goss er in Verse, wurde so zum islamischen Gegenstück zu Tagore und nach seinem Tod zum Nationaldichter Pakistans. Seine Philosophie ist Schulfach in Pakistan, und viele Tageszeitungen dort haben eine tägliche Kolumne mit seinen Versen.

Muhammad Iqbal wurde in

Sialkot geboren, einer Stadt unweit vom damaligen Fürstentum Kaschmir, die heute vor allem für ihre Fußballproduktion bekannt ist. Seine Eltern waren sehr fromm und hingen einer pantheistischen islamischen Mystik an, die Iqbal zunächst übernehmen und später energisch bekämpfen sollte. Ein frommer Muslim blieb er jedoch zeitlebens.

Prägendes deutsches Ideengut

Schon in der Schule lernte Iqbal die englischen Romantiker kennen, in deren Stil er seine ersten Gedichte verfasste. Wie damals üblich, wurde er mit 18 verheiratet und begann danach sein Studium in Lahore, der Hauptstadt des Punjab, damals eine multikulturelle Stadt mit hauchdünner islamischer Mehrheit. Ihr kulturelles Leben war berühmt, und Modernisierungsideen und Nationalromantik wurden heftig diskutiert.

Auch Iqbal nahm an Dichterlesungen teil, und seine ersten Gedichte auf Urdu erschienen regelmäßig ab 1901. Diese sind vor allem romantisch, später auch nationalromantisch geprägt, wie die *Indische Hymne*, die heute am indischen Nationalfeiertag gesungen wird. Dazu kommen noch die allerersten Kindergedichte der Urdu-Literatur.

1905 ging Iqbal nach Cambridge, wo er bei dem Neuhegelianer John McTaggart Philosophie und außerdem Recht studierte. Da er Hegel auf Deutsch lesen sollte, ging er 1907 nach Heidelberg und verliebte sich dort in seine Deutschlehrerin, Emma Wegenast, die ihn mit Goethes Faust, Heine und Nietzsche vertraut machte. Eine Zukunft konnte diese wohl sehr sittsame Beziehung damals nicht haben, aber Iqbals sehr wilhelminische Sicht der deutschen Kultur ist sehr von Emma beeinflusst. Iqbal promovierte schließlich in München über *Die Entwicklung der Philosophie in Iran* und kehrte 1908 nach Lahore zurück.

Fortschritt und Ethik

Zuhause begann er wieder an der Universität zu unterrichten und wurde zusätzlich Anwalt. Privat fiel er in eine schwere Sinnkrise.

Eine Folge davon war, dass Iqbal zu einer eigenen, von Goethe, Hegel und Nietzsche beeinflussten Interpretation des Islam fand, in der Selbstverwirklichung und das Ideal des faustischen Menschen als der Kern des Islam gelten. Seine Lehrgedichte aus jener Zeit, *Klage* und *Antwort* (1912) auf Urdu und *Die Geheimnisse des Selbst* (1915) auf Persisch, machen dies deutlich. Traditionellere Kreise hielten beide für gottlos, und der daraus entstehende Skandal machte Iqbal berühmt. Die Verketzerung konnte er durch sein nächstes Werk, *Die Mysterien der Selbstlosigkeit* (1918), abwehren.

Der springende Punkt an Iqbals Philosophie der Selbstverwirklichung ist, dass sich nicht nur Individuen, sondern auch Völker selbst verwirklichen können, wodurch im Fall Britisch-Indiens die Kolonialherrschaft überflüssig wird. Denn die koloniale Ideologie beanspruchte, den „emotionalen“ Indern rationale Wissenschaft und Technik zu bringen. Iqbal drehte diese Behauptung um, indem er erklärte, Werte seien nur emotional begründbar, und dem Westen drohe der Untergang, wenn er nicht lerne, sich wie der Islam für Werte zu begeistern. Die Passion für moralischen Fortschritt im Sinn einer umfassenden Selbst-

verwirklichung nennt Iqbal „Liebe“, und hält den „Orient“ für dessen Heimat. Diese Auffassung wird in Pakistan auch heute noch oft vertreten.

Iqbal wurde in den Jahren der Krise nicht nur zum islamischen Modernisten, sondern auch zum Panislamisten. Da er in Europa sah, dass Nationalismus zu Kriegstreiberei führte, fand er eine alle Menschen einende, zu „Liebe“, Moralität und Selbstverwirklichung führende Kraft im Islam. Die nächsten Gedichtbände sind 1923 die *Botschaft des Ostens* (deutsch von Annemarie Schimmel), eine Antwort auf Goethes West-Östlichen Diwan, und eine Sammlung seiner Urdu-Gedichte, *Der Klang der Karawanenglocke*, 1924 (deutsch in Auszügen in *Steppe im Staubkorn* von J. Christoph Bürgel).

In den nächsten Jahren ging Iqbal in die Politik, und stellte 1928/29 seine Philosophie in den *Sechs Vorträgen zur Wiederherstellung des Religiösen Denkens im Islam* dar. Zur Eröffnung des Jahrestreffens seiner Partei hielt er 1930 eine Rede, die von Pakistan als die Geburtsstunde der Pakistan-Idee verstanden wird. Darin forderte er, die mehrheitlich islamischen Gebiete im Westen Indiens zu einer einzigen Provinz zusammenzu-

schließen. Ob dies innerhalb oder außerhalb Indiens geschehen soll, ließ er offen. Er hätte die Schaffung Pakistans wohl begrüßt, wäre aber wie so viele sehr bald von Regionalismus und Mangel an Modernisierung enttäuscht worden.

Ein Dichter für die Zukunft

1931 und 32 nahm Iqbal an den Konferenzen zur Zukunft Indiens in London teil, bereiste nochmals Europa (traf Emma aber nicht) und brachte danach ein Epos heraus, das *Buch der Ewigkeit* (deutsch von Annemarie Schimmel), das einen guten Zugang zu seinem Denken bietet. Darin diskutiert Iqbal auf einer imaginären Himmelsreise mit verstorbenen Dichtern, Denkern und Politikern. Außerdem wurde er 1933 zum Mitbegründer der Universität Kabul. 1934 folgte eine weitere Gedichtsammlung auf Urdu, *Gabriels Schwingen*, aus der hier ein typischer Vierzeiler zitiert sei: *In jedem Funken ist das Herz verborgen / Wo es erscheint, ist auch das Herz bereit, / Gefesselt zwar an Gestern und an Morgen, / Und doch nicht Sklave, nicht im Zwang der Zeit.* (Ü: Bürgel, *Steppe im Staubkorn*) Iqbals Gesundheit begann sich jedoch damals schon zu verschlechtern, und er verstarb am 20. April 1938.

Iqbals Bedeutung für Pakistan,

aber auch Afghanistan, ist kaum zu unterschätzen. Alle, von Taliban bis zu Feministinnen, zitieren ihn, und seine Forderung nach Selbstverwirklichung ist weiterhin

eine Aufgabe für Pakistan. Gerade Aktivisten für Demokratie berufen sich auf ihn, so dass er für die Zukunft Pakistans weiter eine wichtige Rolle spielen wird.

Zuerst erschienen in: Neue Züricher Zeitung vom 05.09.2009, S. 32.

Dr. Stephan Popp ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iranistik der Universität Bamberg. 2007 erschien seine Studie „Muhammad Iqbal, ein Philosoph zwischen den Kulturen“.



REIMUT ZOHLNHÖFER

Große Koalition

Durchregiert oder im institutionellen Dickicht verheddert?

Eine Große Koalition wird in der Bundesrepublik stets als demokratischer Sonderfall interpretiert. Die große Mehrheit, auf die sich eine solche Regierung im Bundestag stützen kann, wird zuweilen als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen, weil die Opposition, die die Regierung kontrollieren soll, zu schwach sei. Auf der anderen Seite wurde gelegentlich erwartet, dass nur eine Große Koalition aus den beiden Volksparteien in der Lage sei, die notwendigen Strukturreformen vom Föderalismus bis zu den Sozialversicherungssystemen anzugehen. Im Folgenden sollen beide Erwartungen auf ihre empirische Richtigkeit hin untersucht werden. Erstens soll der Frage nachgegangen werden, ob es der Großen Koalition mit ihrem Sitzanteil im Bundestag von über 72 Prozent und einem Bundesrat, in dem keine Länderregierung vertreten war,

der nicht mindestens einer der Koalitionspartner angehörte, gelungen ist, weit reichende Reformen durchzusetzen und die Strukturprobleme der Bundesrepublik anzugehen. Hat sich die Große Koalition also als „Koalition der neuen Möglichkeiten“ erwiesen, die Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung angekündigt hatte? Und zweitens: Konnte die Große Koalition tatsächlich, wie von verschiedenen Beobachtern gefürchtet oder erhofft, „durchregieren“, ohne sich im institutionellen Dickicht der Bundesrepublik zu verheddern?

Dazu soll im Folgenden zunächst ein knapper Überblick über die Reformtätigkeit der Großen Koalition gegeben werden, ehe anschließend die einzelnen Institutionen, die „normalen“ Bundesregierungen das Regieren häufig schwer machen, aber eben auch die Verselbständigung politischer

Macht ausschließen, daraufhin untersucht werden, inwieweit sie auch für die Große Koalition relevant waren. Im letzten Schritt sollen dann die Begrenzungen des Verselbständigungs-, aber auch des Gestaltungsspielraums diskutiert werden, die innerhalb der Koalition selbst angesiedelt sind.

Die Reformbilanz der Großen Koalition¹

Wenn man einen Blick auf die Reformbilanz der Großen Koalition wirft, ist zu konstatieren, dass eine Reihe von Reformen insgesamt gelungen ist und einige von ihnen sogar durchaus weit reichend waren. Auch wenn das letzte Wort über die Auswirkungen der Föderalismusreformen noch nicht gesprochen ist, ist es hier doch zu nennenswerten Veränderungen gekommen. Beträchtliche Pfadabweichungen sind zudem in der Familienpolitik mit dem Elterngeld und dem Ausbau der Kitas für Unter-3-Jährige zu erkennen. Diese Pfadabweichungen waren zwar auch schon von den rot-grünen Familienministerinnen angestrebt worden, aber der Durchbruch gelang erst unter der Regierung Merkel. Das Gleiche gilt für die Erhöhung des Renteneintrittsalters und für die Unternehmensteuerreform, mit der

nach 20jähriger Diskussion die steuerliche Belastung deutscher Unternehmen zumindest in die Nähe des Durchschnitts der EU-15 gesenkt wurde. Ein gewisser Erfolg ist der Koalition zumindest bis zum Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2008 auch bei der Haushaltskonsolidierung gutzuschreiben, und auch der beherzte Einsatz zur Bekämpfung dieser Krise ist auf der Habenseite der Bilanz zu vermerken. Wenigstens einen symbolischen Erfolg, der den Vorgängerregierungen verwehrt blieb, konnte die Bundesregierung auch bei der Höhe der Sozialversicherungsbeiträge feiern, die nämlich unter die Grenze von 40 Prozent am Bruttolohn sanken.

Gleichwohl ist die Bilanz der Großen Koalition keine reine Erfolgsgeschichte. Einige Reformen blieben Stückwerk, teilweise widersprachen sie sich sogar, wenn sie nicht ganz scheiterten. So widersprechen beispielsweise die „außerplanmäßigen“ Rentenerhöhungen 2008 und 2009 der Logik der Erhöhung des Renteneintrittsalters und die Bemühungen um eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden konterkariert von der Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere. Die Gesundheits- und die Pflegereform

waren ebenfalls keine großen Würfe, beide führten im Gegenteil – entgegen der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Bundesregierung – sogar zu steigenden Beiträgen, wenngleich insbesondere der Gesundheitsreform zugute zu halten ist, dass sie durch die Stärkung der Stellung des Staates in diesem Politikfeld den Handlungsspielraum nachfolgender Regierungen erweitert hat. Ebenso umstritten sind die Mindestlöhne, die zwar auf acht Branchen ausgedehnt wurden, die aber, obwohl von der SPD gewünscht, ebenso wenig flächendeckend eingeführt wurden wie die von der Union geforderte stärkere Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Auch in der Politik der Inneren Sicherheit blieben einige Pläne der Union unverwirklicht, vor allem die Ermöglichung eines Bundeswehreinsatzes im Inneren. Ganz gescheitert sind schließlich auch das geplante Umweltgesetzbuch sowie die beiden zentralen Privatisierungsprojekte der Legislaturperiode, nämlich bei der Bahn und bei der Flugsicherung.

Die Große Koalition im institutionellen Dickicht

Der knappe Überblick über die Ergebnisse der Reformbemühungen der Großen Koalition sollte

gezeigt haben, dass eine Bilanz der Regierung unter Angela Merkel zu einem differenzierten Ergebnis kommen muss. Zwar wird die gelegentlich in den Medien gestellte Diagnose von Stillstand und Blockade den empirischen Befunden nicht gerecht, doch eine Politik aus einem Guss und weitreichende Reformen hat die Große Koalition eben auch nur selten zustande bekommen. Warum hat die Regierung Merkel aber ihre vermeintliche Machtfülle nicht dazu nutzen können, in allen relevanten Politikfeldern Strukturreformen durchzusetzen? Um diese Frage zu klären, soll in diesem Abschnitt ein Blick auf die institutionellen Beschränkungen geworfen werden, mit denen sich die Große Koalition auseinandersetzen hatte, um zu überprüfen, ob das „Durchregieren“ vielleicht auch zu Zeiten großer Bundestagsmehrheiten an solchen Institutionen scheitert.

Bundesrat und Vermittlungsausschuss

Der Bundesrat war insbesondere in der Zeit seit der Wiedervereinigung ein besonders wichtiger Vetospieler. Das lag einerseits daran, dass seine Zustimmung zu 50 bis 60 Prozent aller Gesetze zwingend erforderlich war, damit das jeweilige Gesetz in Kraft treten

konnte. Andererseits war es nach 1990 praktisch die Regel, dass die jeweilige Bundesregierung keine eigene parteipolitische Mehrheit im Bundesrat mehr besaß, sondern im günstigsten Fall auf Stimmen der so genannten gemischt regierten Länder angewiesen war, in deren Regierung also eine Partei beteiligt war, die auch der Bundesregierung angehörte, während der andere Koalitionspartner auf Bundesebene in der Opposition war. Im für die Bundesregierung ungünstigeren Fall kontrollierte sogar die Bundestagsopposition die Mehrheit im Bundesrat. In beiderlei Hinsicht konnte die Große Koalition auf günstigere Verhältnisse hoffen.

So war eines der zentralen Ziele der ersten Föderalismusreform, die am 1. September 2006 in Kraft getreten ist, den Anteil der zustimmungsbedürftigen Gesetze an allen Gesetzen zu verringern. Dieses Ziel wurde zumindest quantitativ erreicht. Lag der Anteil der zustimmungsbedürftigen an allen Gesetzen in den vier Legislaturperioden nach der Wiedervereinigung nämlich bei rund 55 Prozent, so sank der entsprechende Anteil zwischen dem Inkrafttreten der Reform im September 2006 und dem September 2009 auf 39,5 Prozent. Das war der niedrigste

Anteil zustimmungsbedürftiger Gesetze in der Geschichte der Bundesrepublik. Zwar ist noch unklar, inwieweit auch bei wichtigen Schlüsselentscheidungen die Zustimmungspflicht tatsächlich entfallen ist oder ob von der Neuregelung vor allem Routineentscheidungen profitiert haben. Doch zumindest in quantitativer Hinsicht hatte die Große Koalition günstigere Rahmenbedingungen in Bezug auf die Zahl der im Bundesrat zustimmungsbedürftigen Gesetze als irgendeine ihrer Vorgängerinnen.

Hinzu kam, dass die Bundesregierung am Anfang ihrer Regierungszeit auch eine – allerdings knappe – eigene Mehrheit im Bundesrat besaß. Diese Mehrheit von CDU-, CSU- und SPD-Alleinregierungen oder Großen Koalitionen auf Länderebene wuchs im Jahr 2006 sogar noch weiter, ehe sie durch den Eintritt der FDP und der Grünen in verschiedene Landesregierungen abschmolz. Seit dem Amtsantritt der CDU/FDP-Koalition in Hessen im Februar 2009 kontrollieren die Partner der Großen Koalition nur noch 30 der 69 Stimmen im Bundesrat, sodass seither die Zustimmung von mindestens einem gemischt regierten Land benötigt wird, wenn Zustimmungsgesetze im Bundesrat ver-

abschiedet werden sollen.

Auffallend ist, dass der Vermittlungsausschuss, in dem Kompromisse zwischen Bundestag und Bundesrat gefunden werden sollen, in der 16. Wahlperiode keineswegs wie in früheren Konstellationen mit gleichgerichteten Mehrheitsverhältnissen in eine Art Winterschlaf gefallen ist. Kam es in den knapp acht Jahren zwischen Oktober 1982 und Mai 1990, in denen die Regierung Kohl auf eine eigene Bundesratsmehrheit vertrauen konnte, zu lediglich acht Vermittlungsverfahren, so wurde der Vermittlungsausschuss in der Regierungszeit der zweiten Großen Koalition zu 18 Gesetzen angerufen.² Die Mehrzahl dieser Gesetze, nämlich elf, waren zustimmungsbedürftig, die anderen sieben waren Einspruchsgesetze.

Bei den Einspruchsgesetzen war der Einfluss des Vermittlungsausschusses allerdings begrenzt: In vier Fällen wurde als Einigungsvorschlag beschlossen, das Gesetz zu bestätigen, und weitere zwei Vermittlungsverfahren endeten ergebnislos, was in beiden Fällen ebenfalls die Durchsetzung des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes bedeutete. In drei dieser sechs Fälle, in denen das Vermittlungsverfahren keine Änderungen an dem Gesetz brachte,

erhob der Bundesrat anschließend Einspruch, in einem Fall sogar mit Zweidrittelmehrheit, was auch eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag erforderlich machte, sollte der Einspruch zurückgewiesen werden. Dennoch wurden in diesem wie in den beiden anderen Fällen die Einsprüche des Bundesrates vom Bundestag überstimmt. Dass die Zurückweisung auch im Fall des mit Zweidrittelmehrheit im Bundesrat erhobenen Einspruchs gelang, war dabei kein Sondereffekt der Situation einer Großen Koalition, da der Bundestag fast einstimmig – lediglich gegen die Stimme eines fraktionslosen Abgeordneten – den Einspruch zurückwies. Dagegen kam es lediglich bei einem Einspruchsgesetz zu einem echten Vermittlungsergebnis, also zu einer Änderung des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes.

Deutlich erfolgreicher war die Länderseite erwartungsgemäß bei der Beeinflussung von Zustimmungsgesetzen. In zehn der elf einschlägigen Fälle war das Vermittlungsverfahren erfolgreich, kam es also zu einem Kompromiss zwischen den Positionen von Bundestag und Bundesrat, der schließlich auch von beiden Kammern angenommen wurde. Lediglich in einem Fall beschloss

der Vermittlungsausschuss als Einigungsvorschlag, das Gesetz zu bestätigen – was der Bundesrat letztlich akzeptierte. Aus drei Gründen war allerdings das Vermittlungsverfahren zum Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt, kurz BKA-Gesetz, besonders bemerkenswert. Erstens war das BKA-Gesetz das erste wichtige politische Projekt der Großen Koalition, das im Vermittlungsausschuss behandelt werden musste. Zweitens ist auffallend, dass die Zustimmung des Bundesrates nicht ausschließlich, vielleicht nicht einmal hauptsächlich aus landespolitischen Gründen ausblieb, sondern dass bei den Entscheidungen der einzelnen Landesregierungen auch parteipolitische Aspekte eine wichtige Rolle spielten – und das, obwohl die Große Koalition zur fraglichen Zeit noch eine eigene parteipolitische Mehrheit im Bundesrat besaß, wenn auch die knappste mögliche von 35 zu 34 Stimmen. Nachdem sich die SPD in Sachsen aber darauf festgelegt hatte, das Gesetz abzulehnen und somit auch Sachsen dem Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen konnte, folgten auch die Länder Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein jeweils

auf Druck der SPD diesem Votum.³ Drittens schließlich ist das BKA-Gesetz das bislang einzige zustimmungsbedürftige Gesetz, zu dem nicht der Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen hat. Die Länderkammer versagte dem Gesetz vielmehr schlicht die Zustimmung und überließ es der Bundesregierung, den Vermittlungsausschuss anzurufen, wenn diese das Gesetz noch retten wollte. Das tat die Bundesregierung auch und es wurde auch in diesem Fall ein Kompromiss gefunden, der dann schließlich sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine Mehrheit fand.

Interessant ist schließlich die zeitliche Entwicklung der Vermittlungsverfahren. Bis zum Machtwechsel in Hessen im Februar 2009, d.h. in den ersten mehr als drei Jahren des Bestehens der Großen Koalition, wurde der Vermittlungsausschuss lediglich zu acht Gesetzen angerufen. In den fünf Monaten, seit die Koalition keine eigene Bundesratsmehrheit mehr besitzt, kam es dagegen schon zu zehn Anrufungen. Dieser Verlauf macht deutlich, dass sich die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates auch in Zeiten einer Großen Koalition bei der Anrufung des Vermittlungsausschusses bemerkbar macht. In-

sofern stellte der Bundesrat auch für die Große Koalition, die ja mit mindestens einem Partner an der Regierung jedes einzelnen Bundeslandes beteiligt ist, keine vernachlässigbare Größe dar. Gleichwohl sind die Konzessionen, die der Bundesrat der Regierungskoalition abtrotzte, gering geblieben.

Das Bundesverfassungsgericht⁴

Das Bundesverfassungsgericht als eines der auch im internationalen Vergleich besonders mächtigen Verfassungsgerichte wird als wichtiges Instrument der Opposition gegenüber der Regierung betrachtet. Das gilt insbesondere für das Recht der abstrakten Normenkontrollklage, mit der es der Opposition unter Umständen möglich ist, eine parlamentarische Niederlage noch korrigieren zu lassen. Unter den Bedingungen einer Großen Koalition ist gerade dieses sonst scharfe Schwert allerdings stumpf, da das Recht, eine abstrakte Normenkontrolle zu beantragen, laut Grundgesetz bei der Bundesregierung, einer Landesregierung oder einem Drittel der Mitglieder des Bundestages liegt. Seit 2005 kontrollierte die Opposition aber weder ein Drittel der Bundestagssitze noch eine Landesregierung, sodass sie auch keine entsprechende Klagebefug-

nis besaß. Die FDP-Fraktion im Bundestag brachte daher bereits im Dezember 2005 den „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Oppositionsrechte (Änderung des Artikels 93 Abs.1 des Grundgesetzes)“ ein⁵, der vorsah, bereits einem Viertel der Mitglieder des Bundestages das Recht auf eine abstrakte Normenkontrollklage zuzugestehen. Durchsetzen konnten sich die Liberalen mit dieser Initiative allerdings nicht.⁶

Gleichwohl beschäftigte sich das Bundesverfassungsgericht auch in der 16. Wahlperiode mit verschiedenen zentralen Entscheidungen der Bundesregierung. So überprüfte es im Rahmen einer konkreten Normenkontrolle die Kürzung der Pendlerpauschale bei der Einkommensteuer und entschied, dass diese verfassungswidrig sei. Damit war einerseits ein zentraler Baustein der Konsolidierungsstrategie der Bundesregierung weggebrochen; andererseits aber passte die Rückerstattung der entsprechend eingekommenen Steuereinnahmen gut in die zum Zeitpunkt des Urteils im Dezember 2008 von der Finanzkrise erschütterte konjunkturelle Landschaft, sodass das Urteil zu jenem Zeitpunkt die Finanzpolitik der Bundesregierung nicht mehr konterkarierte.

Gegen Teile des Gesetzes zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung, nämlich die so genannte Vorratsdatenspeicherung, wurden zudem Verfassungsbeschwerden eingelegt, und zwar einerseits von einigen FDP-Politikern um Burkhard Hirsch und andererseits von über 34.000 (!) Beschwerdeführern, die einen Rechtsanwalt beauftragt hatten. Diese Verfassungsbeschwerden hatten zumindest insoweit Erfolg, als das Bundesverfassungsgericht per einstweiliger Anordnung bis zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerden Teile des Gesetzes außer Kraft setzte.

Auch über wichtige Teile der Gesundheitsreform 2007 hatte das Bundesverfassungsgericht zu urteilen. Von diesem Gesetz fühlten sich verschiedene Kläger in ihrer Berufs- und Vereinigungsfreiheit verletzt, sodass sie Verfassungsbeschwerden einlegten. In diesem Fall hielt die Reform der verfassungsrechtlichen Prüfung allerdings stand und die Richter ließen das Gesetz passieren. Auch eine Verfassungsbeschwerden gegen das Finanzmarktstabilisierungsgesetz blieb folgenlos, weil das Gericht die Klage aus formalen Gründen (noch) nicht zur Entscheidung annahm.

Schließlich hatte sich das Bun-

desverfassungsgericht noch mit einigen zentralen außenpolitischen Entscheidungen der Regierung Merkel auseinanderzusetzen, nämlich der Entsendung von Tornado-Flugzeugen nach Afghanistan und dem Vertrag von Lissabon. Gegen die Entsendung der Tornados hatte die Fraktion der PDS/Die Linke das Bundesverfassungsgericht im Rahmen einer Organklage angerufen, allerdings ohne Erfolg. Gegen das Zustimmungsgesetz zum Lissabon-Vertrag sowie die entsprechenden Begleitgesetze wurde sowohl Verfassungsbeschwerden eingelegt (insbesondere wegen der Verletzung des Demokratieprinzips) als auch ein Organstreitverfahren durch den CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler und die Bundestagsfraktion der Linkspartei initiiert. Die Verfassungsbeschwerden waren auch insoweit erfolgreich, als das Bundesverfassungsgericht eines der relevanten Begleitgesetze als verfassungswidrig einstufte. Der Vertrag von Lissabon selbst wurde dagegen als verfassungskonform beurteilt, wenngleich das Ratifikationsverfahren bis zu einer Verabschiedung des überarbeiteten Begleitgesetzes nicht abgeschlossen werden kann. Die Große Koalition verabschiedete daher noch vor Ab-

lauf der Wahlperiode die Gesetze in revidierter Fassung.

Der Bundespräsident

Der Bundespräsident ist sicherlich das machtloseste Verfassungsorgan in der Konstruktion des Grundgesetzes. Ein Vetorecht gegen Gesetze steht ihm lediglich in äußerst eng umgrenzten Fällen zu: Nur wenn der Bundespräsident der Auffassung ist, dass ein Gesetz offensichtlich verfassungswidrig ist, kann er die Ausfertigung verweigern. In den über 55 Jahren des Bestehens des Grundgesetzes bis zum Amtsantritt der Großen Koalition kam dies lediglich sechs Mal vor.

In der Amtszeit der Großen Koalition kamen allerdings zwei weitere Fälle hinzu. Das Gesetz zur Neuregelung der Flugsicherung verwarf Bundespräsident Köhler, weil es gegen Artikel 87d GG verstoße, der vorgibt, dass die Luftverkehrsverwaltung in bundeseigener Verwaltung zu führen ist. Die Bundesregierung reagierte auf diese Entscheidung, indem sie einerseits das Grundgesetz änderte und andererseits ein revidiertes Gesetz verabschiedete. Dadurch wurden zwar einige der Kernziele der Reform durchgesetzt, aber die mit dem Gesetz ursprünglich vorgesehene materielle Privatisie-

rung von 74,9 Prozent der Anteile an der bundeseigenen Deutschen Flugsicherung, die Einnahmen in Höhe von etwa 1 Mrd. Euro Erlösen sollte, kam nicht mehr zustande – insbesondere die SPD hatte das Interesse daran verloren.

Das zweite Gesetz, das der Bundespräsident nicht ausfertigen mochte, war das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Verbraucherinformation. Hier monierte Köhler, dass das „Gesetz gegen das seit dem 1. September 2006 geltende Verbot des Artikels 84 Abs. 1 Satz 7 des Grundgesetzes verstößt, durch Bundesgesetz den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben zu übertragen“⁴⁷. Dieses Gesetz wurde später in geänderter Form neuerlich verabschiedet und dann auch vom Bundespräsidenten ausgefertigt.

Machtbeschränkung und Reformhemmung in der Großen Koalition

Diese Ausführungen machen deutlich, dass die Große Koalition einerseits trotz ihrer großen Mehrheit im Bundestag keine unkontrollierte Machtfülle besaß, dass es andererseits aber nicht die institutionellen Vetospieler waren, die die Regierung Merkel davon abgehalten haben, in größerem Umfang Strukturreformen durchzusetzen.

Vielmehr lässt sich zeigen, dass es die Partner der Großen Koalition selbst waren, die größere Reformen verhinderten. Zum einen waren die inhaltlichen Positionen beider Koalitionspartner in wichtigen Fragen ausgesprochen unterschiedlich. So hatten die Parteien den Bundestagswahlkampf 2005 in der Gesundheitspolitik mit den konkurrierenden Konzepten von Bürgerversicherung und Kopfpauschale bestritten, die sich auch nach der Wahl nicht umstandslos in ein gemeinsames Konzept verwandeln ließen. So ging es bei der Gesundheitsreform, wie auch bei der Pflegereform, dann letztlich vor allem darum, durch die Reform keine Optionen zu verbauen, also beiden Koalitionspartnern die Möglichkeit zu erhalten, bei zukünftig für sie günstigeren Mehrheitsverhältnissen ihr präferiertes Reformkonzept doch noch durchsetzen zu können.

Auch bei den Reformen auf dem Arbeitsmarkt ging es vor allem darum, die Durchsetzung der – den eigenen Vorstellungen widersprechenden – Konzepte des Koalitionspartners zu verhindern. Dabei war die SPD, die die von der Union geforderte Liberalisierung des Arbeitsmarktes praktisch vollständig abwehrte, erfolgreicher als ihr christdemokratischer Koaliti-

onspartner, der zwar die Einführung flächendeckender Mindestlöhne abwendete, aber doch eine erhebliche Erweiterung von deren Geltung hinnehmen musste.

Der Grund für diesen größeren Erfolg der SPD verweist auf das zweite wichtige innerkoalitionäre Hemmnis für eine weit reichende Reformpolitik: den Wettbewerb um Wählerstimmen. Die SPD hatte in der zweiten Regierung Schröder erfahren müssen, dass Reformpolitik im deutschen Sozialversicherungsstaat ein unpopuläres und wahlpolitisch höchst riskantes Unterfangen ist und die Union führte ihr schwaches Bundestagswahlergebnis 2005 ebenfalls darauf zurück, dass sie mit einem liberalen Reformprogramm angetreten war, das von den Wählern offenbar nicht akzeptiert worden war. Entsprechend versuchten beide Parteien in der Großen Koalition, ihre sozialpolitische Kompetenz unter Beweis zu stellen. Entsprechend musste die Union fürchten, dass ihr eine Ablehnung von Mindestlöhnen bei zukünftigen Wahlen schaden könnte, sodass diese schließlich trotz der ordnungspolitischen Bedenken seitens der Wirtschaftspolitiker von CDU und CSU verabschiedet wurden – wenngleich die Union zumindest versuchte,

die Ausweitung von Mindestlöhnen so weit wie möglich zu begrenzen. Ähnliches gilt für die „außerplanmäßigen“ Erhöhungen der Renten (und in deren Folge auch anderer Sozialleistungen) in den Jahren 2008 und 2009 – und damit in unmittelbarer Nähe zur Bundestagswahl 2009. Wiederum stimmten Union und SPD dieser Maßnahme zu – teilweise offenbar wider besseres Wissen, wurde Angela Merkel doch mit den Worten zitiert, dies sei „ordnungspolitisch kein Meisterstück“ gewesen.

Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes (ALG) I für Ältere zeigt schließlich, dass sich die Parteien im Versuch, Wähler zu gewinnen, sogar wechselseitig zu zwar kurzfristig populären, aber auch teuren, und die eigenen Politikziele in Frage stellenden Reformen hochschaukelten. Die Debatte wurde im Herbst 2006 vom nordrhein-westfälische CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in Gang gebracht, dem es auch gelang, seine Partei zumindest formal auf eine verlängerte Bezugsdauer festzulegen. Als auch in der SPD eine entsprechende Debatte begann, mochte der SPD-Arbeitsminister Müntefering diese Rücknahme einer zentralen Reform der Agenda 2010 zunächst nicht mittragen. Da der SPD-Vorsitzende Beck ange-

sichts der Position der Union allerdings die Gefahr sah, dass eine Weigerung der SPD dieser wahlpolitisch schaden könnte, setzte er sich mit aller Macht gegen den Arbeitsminister durch.

Fazit

Die empirische Analyse hat gezeigt, dass sowohl die Hoffnungen als auch einige der Befürchtungen, die mit der Großen Koalition verbunden wurden, zumindest übertrieben waren. Erstens zeigte sich nämlich, dass auch die Große Koalition mit ihrer breiten parlamentarischen Basis und ihrer Beteiligung an allen Landesregierungen keine unbegrenzte Machtfülle besaß. Am Ende der Legislaturperiode hatte die Koalition sogar ihre Mehrheit im Bundesrat verloren, was sich in einem steilen Anstieg der Zahl der Vermittlungsverfahren niederschlug; auch das Bundesverfassungsgericht blieb als Kontrollinstanz durchaus wirksam und sogar der Bundespräsident übte seine verfassungsrechtlichen Kontrollbefugnisse ungewöhnlich extensiv aus. Von unkontrollierter Machtfülle im politischen System der Bundesrepublik kann also selbst in Zeiten Großer Koalitionen kaum die Rede sein.

Zweitens lässt sich allerdings ebenfalls feststellen, dass der Gro-

ßen Koalition keineswegs in allen Bereichen Strukturreformen geglückt sind – trotz nennenswerter Erfolge bei der Föderalismusreform, der Unternehmensbesteuerung und in der Familienpolitik. Allerdings waren es nicht die institutionellen Gegengewichte gegen die Mehrheitsherrschaft, die den Hauptteil der Verantwortung dafür tragen, dass die Große Koalition keine Politik aus einem Guss betrieben hat. Es waren viel-

mehr die teilweise – etwa in der Gesundheitspolitik – erheblichen programmatischen Unterschiede zwischen den Koalitionspartnern, teilweise aber auch wahltaktische Überlegungen, die solche weitreichenden Reformen verhinderten. Insofern veränderten sich die Muster der parlamentarischen Willensbildung in der Bundesrepublik unter der zweiten Großen Koalition erstaunlich wenig.

Zuerst erschienen in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 38/2009, S. 9-14.

Prof. Dr. Reimut Zohlhöfer ist Professor für Politikwissenschaft, insbesondere international vergleichende Politikfeldanalyse an der Universität Bamberg. 2010 erscheint ein von ihm mitherausgegebener Sammelband zur Großen Koalition.



Literatur und Anmerkungen

- 1 Dieser Abschnitt hat von Papieren profitiert, die am 26. und 27.3.2009 bei der Konferenz „Bilanz der Großen Koalition“ in Bremen präsentiert wurden und die 2010 in einem von Christoph Egle und Reimut Zohlh ofer herausgegebenen Band erscheinen werden.
- 2 Dieser Befund ist allerdings zu relativieren durch die ausgesprochen hohe Zahl an Gesetzesbeschlüssen, die der Bundestag in der 16. Legislaturperiode fasste. Berechnet man den Quotienten aus Zahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses und Gesetzesbeschlüssen, so kommt man auf eine Anrufungsquote von 2,9% - ein Wert, der lediglich einmal in der Geschichte der Bundesrepublik, nämlich in der 10. Wahlperiode von 1983 bis 1987, unterboten wurde.
- 3 Vgl. die Darstellung bei Eckart Lohse/Markus Wehner, Rosenkrieg. Die große Koalition 2005-2009, Köln 2009, S. 130f.
- 4 Für hilfreiche Anmerkungen zu diesem Abschnitt ist Sascha Kneip zu danken.
- 5 BT-Drs. 16/126.
- 6 Das Gleiche gilt auch für einen ähnlichen Antrag der Linkspartei (vgl. BT-Drs. 16/4119). Eine Absenkung des Quorums auf ein Viertel der Mitglieder des Bundestages wurde im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Lissabon-Vertrages zwar im Mai 2008 beschlossen, diese Änderung tritt allerdings erst nach Inkrafttreten des Vertrages in Kraft, sodass sie für die 16. Wahlperiode keine Bedeutung hatte.
- 7 BT-Drs. 16/3866, S. 1.

MARTIN BEYER

Der Mond ist immer schön

Eine Kurzgeschichte

Er kannte das Estadio Chile gut. In den Katakomben hatte er sich auf seine Auftritte vorbereitet. Hier hatte er gescherzt und eine Spur zu laut gelacht. Die anderen Musiker kümmerten sich um ihre Instrumente, mit einer Sorgfalt, als hielten sie ihre Kinder in den Händen. Die zwölfsaitige *tiple* wurde gestimmt, die Flöten aus der Hochebene echoten durch die Gänge. Bis es dann nach draußen ging und alle Nervosität verflog. Die Liederfestivals dauerten bis spät in die Nacht, es wurde getanzt und gesungen, am Ende tummelten sich alle Künstler auf der Bühne und spielten gemeinsam für eine unersättliche Menge.

„Der Mond ist immer schön!“, hatte ihm die Frau mit dem weißen Haarkranz nach einem Auftritt im Estadio gesagt. Sie war alt, sehr verschwitzt, und sie keuchte vor Glück. „Deshalb sollte man immer so lange tanzen, bis er nicht mehr zu sehen ist.“ Das klang wie ein Befehl. Victor hatte gelacht, und er hatte sich in dieser Nacht vorgenommen, den Befehl der Alten zu befolgen.

Als er jetzt auf dem Boden lag, durchnässt vom Urin der Soldaten, die über ihm ihr Geschäft erledigt hatten, erinnerte er sich daran. Er musste wieder lachen. Der Offizier trat ihm gegen den Brustkorb, er krümmte sich zusammen. Zwischen ihm und dem blonden Kommandeur hatte sich eine besondere Beziehung entwickelt. Denn auch den Prinzen, so wurde der Kommandeur von den anderen Häftlingen genannt, auch den Prinzen kannte er bereits.

Sie waren sich nach einer Protestveranstaltung begegnet, über einhunderttausend Menschen standen auf der Avenida Bulnes und protestierten gegen ein Massaker in der Stadt Puerto Montt. Victor hatte auf einer wackligen Bühne ein Lied gesungen, das an dieses Massaker erinnerte,

breitbeinig stand er vor dem Mikrofon und brüllte mehr als er sang. Denn das Lied befeuerte den Zorn der Leute, sie brüllten zurück. Nach dem Auftritt war er von der Bühne gegangen, seine Frau Joan wollte ihn an einer Straßenecke mit dem Wagen abholen. Da kamen sie auf ihn zu, gut gekleidete junge Männer mit Pomadenhaar, einer von ihnen besonders auffällig mit seinen blonden Locken. Das gab es hier nicht oft. Er trug einen Kamelhaarmantel, um die Taille war ein breiter Gürtel geschnürt.

„Du bist der Sänger!“, sagte der Blonde. Sie umkreisten ihn. „In allen Dingen schläft ein Lied, ha, ha, ha, oder wie sagt man?“

„Selbst in den hässlichen Dingen“, antwortete Victor.

„Also gut, du kleine Nachtigall, reden wir nicht um den heißen Brei. Ich habe ein einmaliges Angebot für dich: Wie es scheint, hast du eine bestimmte Wirkung auf die Leute. Und an dieser Wirkung sind meine Vorgesetzten durchaus interessiert. Wir bieten dir an, für unsere Organisation zu singen. Es wird nicht zu deinem Schaden sein, wenn du verstehst, was ich meine. Solltest du jedoch ausschlagen, kann ich für nichts mehr garantieren. Denn du bist vielen ein Dorn im Auge. Auch mir – wenn du verstehst, was ich meine.“

Der Blonde im Kamelhaarmantel reichte ihm die Hand und grinste wie jemand, der immer schon weiß, wie sich die Dinge entwickeln werden. Also wusste er, dass sein Gegenüber die Hand nicht heben würde, dass er sich umdrehen würde, um zu gehen. Ein Auto bog um die Ecke, Victor stieß einen der Männer zur Seite und rannte los. Er riss die Tür zum Wagen auf, der 2CV fuhr quietschend los, verschwand. Der Blonde stand nur da, im Kreis seiner Leute, und hörte nicht auf zu grinsen.

Es war nicht klar, welche Rolle der Prinz bei diesem Putsch spielte. Im Stadion hatte er die Befehlsgewalt. Beinahe stündlich griff er zu einem Megafon und verkündete, worauf sich die Häftlinge einzustellen hatten.

„Eure Bewegung ist tot, sagte er. Allende ist tot. Der Möchtegern-Präsident. Mausetot. Wacht nicht wieder auf. Und wer das nicht begreifen will, der ist auch bald tot.“ Jedesmal, wenn er seiner rhetorischen Gewandtheit nicht zu trauen schien, griff der Prinz zur Pistole und schoss jemandem in die Brust. Das Satzzeichen am Ende seiner Reden.

Mit Victor ließ er sich mehr Zeit.

„Du wirst keine Gitarre mehr spielen!“, sagte der Kommandeur und ließ ihm beide Hände brechen. Der Blonde nahm eine Peitsche und zog sie Victor über den ganzen Körper. Aber der Schmerz hörte auf zu wach-

sen. Es schien Victor, als würde sein Körper immer mehr zu einem fremden Gegenstand, den er den Soldaten hinhalten konnte, ohne noch eine natürliche Bindung zu ihm zu haben. Viel stärker schmerzte die Erinnerung. Victor wunderte sich darüber, die Erinnerung ließ ihn nicht los. Sie war wie ein zäher Straßenköter, der sich hinlegen durfte, wo er will. Er erinnerte sich an die Demonstration nach dem Massaker von Puerto Montt, an die Versuchung der Pomadenjünglinge. Und jetzt, da er die lederne Peitsche in der Luft surren hörte, kam ihm ein anderes Bild in den Sinn. Er erinnerte sich an den Huf des Teufels.

*

Die *citroneta*, der alte 2CV, hatte sie bereits durch das ganze Land gefahren. Victor, geschmückt mit seinem grünen Dufflecoat und der Schirmmütze, war auf der Suche nach den Liedern seines Volkes, er wollte sie sammeln, und er wollte die Gesichter der Menschen sammeln, die ihm begegneten. Seine Frau Joan steckte noch in britischer Kleidung, sie war ebenfalls auf der Suche. Sie suchte eine neue Heimat, und es schien, als sei sie in Chile doch noch fündig geworden. Sie fuhren häufig nach Lonquén, hier hatte Victor einen Teil seiner Kindheit verbracht. Er hatte immer noch Freunde dort, oder es waren neue Freunde, so genau konnte man das nie sagen. Einer dieser Freunde war ein alter Mann, der sein ganzes Leben damit verbracht hatte, Lassos aus Leder herzustellen. Die Lassos wurden an einen Nussbaum geknotet und geflochten. Der Alte hatte zärtliche Hände aus Stein. Es sagte ihm niemand, dass er mit dem Flechten aufhören und sich ausruhen solle, deshalb würde er bis zu seinem Tod weitermachen.

„Warum arbeitest du immer noch so viel“, hatte ihn Joan einmal gefragt. Das kann nur eine Europäerin fragen, dachte Victor. Hier fängt man als Kind mit der Arbeit an. Und es gibt wirklich niemanden, der einem sagt, dass man damit aufhören soll.

Der Alte antwortete: „Das beste Mittel gegen die Versuchung ist nicht, ihr nachzugeben, meine Taube. Das beste Mittel ist, sich mit Arbeit abzulenken. Die immergleichen Handgriffe, jeden Tag. Das ist es. Kommt mit, ich will euch was zeigen.“ Der Mann stand auf, sie gingen an Zypressenbäumen und den großen *hualles* vorbei, durchquerten ein verdorrtes Feld und rochen die harzigen *chilcas*. Der alte Mann schritt energisch voran, er

war drahtig, schlank, das weiße Haar kurzgeschoren, ein stoppeliger Bart. Sie erklimmen einen Hügel, der Alte wies auf einen mächtigen Stein, der eine seltsame, hufeisenförmige Einkerbung hatte, wie ein Siegel.

„Der Huf des Teufels“, sagte er. „Der Teufel war hier, das ist der Beweis. Es wäre töricht zu glauben, dass er sich nur in fernen Ländern aufhält, in Ägypten vielleicht. Er kann überall sein. Und was passiert, wenn man nicht vorbereitet ist? Wenn er plötzlich vor einem steht? Was passiert dann?“

Victor und Joan mussten lachen, das gefiel dem alten Mann nicht, er wirkte gekränkt. Sie entschuldigten sich und sagten, dass sie mittlerweile an andere Dämonen und an andere Heilige glaubten. An Dämonen und Heilige, die sie *wirklich* jeden Tag treffen könnten. Und auch sie gaben sich deshalb alle Mühe, darauf vorbereitet zu sein. Das besänftigte den Mann. Er führte sie wieder zurück, sie nahmen vor seiner Baracke Platz und sahen ihm dabei zu, wie er ein neues Lasso anfertigte. Später, im Auto, sagte Joan: „Ich nenne ihn ab sofort Antonius. Denn für mich ist er ein Heiliger, da gibt’s keinen Zweifel.“

„Ich weiß nicht, was das alles bedeutet, Joan“, sagte Victor. „Aber ich habe irgendwie das Gefühl, das hier könnte ein Anfang sein. Nur für was, das kapiere ich noch nicht.“ Und wieder mussten sie lachen, sie erreichten Santiago mit einem neuen Gesicht und einem neuen Lied in ihrer Sammlung. Und einem neuen alten Stück Heimat. Sie waren zufrieden.

*

Zwei Soldaten zerrten seinen geschundenen Körper nach draußen. Auf Victors Stirn klappte eine große Wunde, die Kleidung war zerrissen, er war beinahe nackt. Sie warfen ihn wieder auf den Boden, vor einer Gruppe von Häftlingen, die frierend auf den Stufen der Stadiontribüne saßen. Der Prinz kam hinzu, er fuchtelte mit der Pistole. Die Häftlinge wichen zurück.

„Hier ist er, euer Sänger“, sagte der Kommandeur. „Eure kleine Nachtigall.“ Er schoss in die Luft, um die Aufmerksamkeit der Leute zu erregen. „Wollen doch mal sehen, ob wir aus ihm noch einen Ton herausbekommen werden. Mal sehen, was er uns jetzt noch für ein Lied vorsingen kann.“ Er ließ sich von einem Soldaten sein Megafon geben und hielt es Victor vor den Mund. „Na los, sing schon. Sing, kleine Nachtigall.“

Victor, der seit Stunden nichts mehr gesagt hatte, öffnete den vertrockneten Mund. Es bereitete ihm alle Mühe, etwas Speichel zu sammeln, aber dann brachte er einen Ton heraus. Er sang den ersten Vers von *Vencemos*, wir werden siegen. Das Lied ihrer Bewegung.

„Aquí va todo el pueblo de Chile!“ Mehr schaffte er nicht. Aber die Menge stimmte sofort ein. „Aquí va la Unidad Popular.“ Sofort nahm der Prinz das Megafon von Victors Mund, danach schoss er wieder in die Luft. Der Gesang verstummte augenblicklich. Der Offizier mit dem blonden Haar richtete die Waffe jetzt auf Victor, er drückte ab. Victor starrte in den Himmel. Es war Nacht geworden. Der Mond ist immer schön, dachte er, bevor er starb. Und in allen Dingen schläft ein Lied.

Selbst in den hässlichen Dingen, davon war er überzeugt.

Dr. Martin Beyer lebt als freier Autor, Dozent und Redakteur in Bamberg. In diesem Jahr wurde Beyer für die hier abgedruckte Geschichte mit dem Walter-Kempowski-Literaturpreis ausgezeichnet.





UNIVERSITY OF BAMBERG PRESS

Der vorliegende Band präsentiert ein paar ganz besondere Texte. Das Bamberger Feuilleton 2009 stellt eine Lese in doppelter Hinsicht dar: Früchte der wissenschaftlichen Arbeit von Bamberger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – aufgelesen in der deutschsprachigen Presse während des vergangenen Jahres. Es handelt sich um Beiträge aus dem Übergang von Wissenschaft zu Journalismus, zum Teil essayistisch, zum Teil feuilletonistisch, Miszellen, Analysen, Berichte – alle zu aktuellen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Brennpunktthemen.

Die Beiträge

Gerhard Schulze: Freiheit und Sicherheit

Heike Delitz: Architektur + Soziologie = Architektursoziologie

Heinrich Bedford-Strohm: Maßhalten!

Christian Illies: Darwin lupft die Decke

Reza Hajatpour: Der kurze Frühling der Freiheit

Stephan Popp: Ein Geist, der Ost und West umfasst

Reimut Zohnhöfer: Große Koalition

Martin Beyer: Der Mond ist immer schön

ISBN 978-3-923507-55-9

ISSN 1866-8909

8,50 Euro